



Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden

Bericht **2017**

Impressum

Herausgeber

Landeshauptstadt Wiesbaden
Amt für Strategische Steuerung,
Stadtforschung und Statistik
Wilhelmstraße 32, 65183 Wiesbaden
- August 2017

Bezug

Amt für Strategische Steuerung,
Stadtforschung und Statistik
Information & Dokumentation
Postfach 39 20, 65029 Wiesbaden

Tel.: 06 11/31-54 34
FAX: 06 11/31-39 62
E-Mail: dokumentation@wiesbaden.de
Internet: www.wiesbaden.de/statistik



Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet und mit der Bitte um ein Belegexemplar.

Für gewerbliche Zwecke ist es grundsätzlich nicht gestattet, diese Veröffentlichung oder Teile daraus zu vervielfältigen, auf Mikrofilm/-fiche zu verfilmen oder in elektronische Systeme zu speichern.

Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden

Seite

1	Das Wiesbadener Monitoring	1
2	Migrantinnen und Migranten in Wiesbaden	5
3	Exkurs: Zuwanderung von Geflüchteten	11
4	Indikatoren zur strukturellen Integration	15
4.1	Rechtliche Integration	15
A.1.1	Aufenthaltstitel	15
A.1.2	Einbürgerungsanspruch	16
4.2	Integration in das Bildungssystem	18
A.2.1	Kindertagesstättenbesuch	18
A.2.2	Gymnasialquote in der 8. Jahrgangsstufe	20
A.2.3	Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen	22
A.2.4	Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag	26
A.2.5	Ausbildungsbeteiligungsquote	28
4.3	Integration in den Arbeitsmarkt	30
A.3.1	Beschäftigtenquote	30
A.3.2	Berufliche Qualifikation der Beschäftigten	32
A.3.3	Geringfügige Beschäftigung	35
A.3.4	Arbeitslosigkeit	37
A.3.5	Jugendarbeitslosigkeit	39
A.3.6	SGB II-Bezugsquote	41
4.4	Integration in den Wohnungsmarkt	43
A.4.1	Segregationsindex	43
A.4.2	Wohnungseigentümerquote	46
5	Indikatoren zur kulturellen Integration	48
B.1	Spracherwerb	48
B.2	Gesundheit / Übergewicht	50
6	Indikatoren zur sozialen Integration	52
C.1.1	Langer Aufenthalt in Deutschland	52
C.1.2	In Deutschland Geborene	54
C.2.1	Einheiratsquote	55
C.2.2	Einreise zur Eheschließung	57
C.2.3	Haushalte gemischter Herkunft	59
7	Indikatoren zur identifikatorischen Integration	60
D.1	Einbürgerungsquote	60
8	Bürgerumfrage „Leben in Wiesbaden“	63
9	Konsequenzen für die Integrationsarbeit aus Sicht der Fachverwaltung	66

ANHANG

1 Das Wiesbadener Monitoring

*Monitoring als Element
der Wiesbadener
Integrationsberichterstattung*

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat 2003 erstmals ein Integrationsmonitoring herausgegeben, das seitdem regelmäßig fortgeschrieben und weiterentwickelt wurde. Viele andere Großstädte, aber auch kleinere Kommunen und Landkreise, haben ähnliche Ansätze erprobt und etabliert. Bund und Länder haben das Thema Integrationsmonitoring ebenfalls aufgegriffen und eigene Indikatorenkataloge entwickelt.

*Bestandteil des
Integrationskonzepts*

Das Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden ist auch Bestandteil des Integrationskonzepts der Landeshauptstadt Wiesbaden. 2014 wurde eine zweite Fortschreibung des Konzepts erarbeitet (Laufzeit 2016 bis 2020); dabei hat das Monitoring den Prozess der Zielfindung maßgeblich unterstützt.

*Ziel des Monitorings:
Integration sichtbar machen*

Es liegt im Interesse einer langfristig erfolgreichen Integrationspolitik, den Verlauf der tatsächlichen Integration beobachten, messen und einschätzen zu können. Vorrangiges Ziel des Monitorings ist es daher, den Stand des Integrationsprozesses aufzuzeigen und zu interpretieren. Durch regelmäßige Messungen und die Abbildung von Zeitreihen werden Entwicklungen kontinuierlich verfolgt. Auf diese Weise soll sichtbar werden, wo Integration erfolgreich verlaufen ist und in welchen Bereichen (noch) Handlungsbedarf besteht. Das Integrationsmonitoring erfüllt primär die Aufgabe der Sensibilisierung und der Frühwarnung, es nimmt außerdem eine unterstützende Funktion bei der Steuerung von Integrationsprozessen wahr. Darüber hinaus liefert es eine belastbare Datengrundlage für die gesellschaftliche und politische Diskussion rund um die Themen Zuwanderung und Integration.

Das Integrationsmonitoring soll zeigen, inwieweit sich die Partizipation von Zugewanderten in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen im Lauf der Zeit entwickelt hat und inwieweit sich Vielfalt im gesellschaftlichen Leben und den Institutionen widerspiegelt. Dies ist allerdings nur für Bereiche möglich, zu denen hinreichend

aussagekräftige Daten vorhanden sind. Integration ist darüber hinaus ein äußerst vielschichtiger gesellschaftlicher Prozess, der durch Monitoring nur teilweise erfasst werden kann.

*Eingeschränkte
Wirkungsmessung*

Monitoring ermöglicht für sich genommen keine Ursachen-Wirkungs-Analyse. Monitoring und Evaluation sind zwar im Zusammenhang zu betrachten, jedoch bedarf die Wirkungsmessung von Integrationsprogrammen und -maßnahmen eigener Untersuchungsansätze.

*Nicht alles kann auf kommunaler
Ebene gesteuert werden*

Bei der Interpretation der Kennzahlen ist zu beachten, dass sich nicht nur die Effekte der Wiesbadener Integrationsarbeit widerspiegeln, sondern auch gesamtgesellschaftliche Entwicklungen und rechtliche Rahmenbedingungen, die sich einer Steuerung auf kommunaler Ebene entziehen.

*Wiesbadener Verständnis
von Integration*

Ziel der Wiesbadener Integrationspolitik ist es, Zugewanderten mit Bleibeperspektive gleiche Bildungs- und Berufschancen zu eröffnen und sie umfassend am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zu beteiligen. Voraussetzung erfolgreicher Integration ist die gleichberechtigte Teilhabe an den ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen der Gesellschaft.

Die Wiesbadener Kommunalpolitik versteht unter Integration „den dauerhaften Prozess der Eingliederung von Zuwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund in das soziale und kulturelle Spektrum der Aufnahmegesellschaft sowie die Angleichung ihrer Lebenslagen ohne Aufgabe der jeweils eigenen kulturellen Identität. Dazu gehört der konstruktive Umgang aller Beteiligten mit Vielfalt und Verschiedenheit.“¹

¹ Integrationskonzept 2016 - 2020 der Landeshauptstadt; Wiesbaden.

*Vier Dimensionen
des Integrationsprozesses*

Der Integrationsprozess wird in vier Dimensionen gegliedert:²

- Strukturelle Integration
(= Eingliederung in Kerninstitutionen der Aufnahmegesellschaft, z. B. Bildung und Arbeitsmarkt)
- Kulturelle Integration
(= Spracherwerb und Wertvorstellungen)
- Soziale Integration
(= Eingliederung in private Sphären der Aufnahmegesellschaft, z. B. interethnische Partnerschaften)
- Identifikatorische Integration
(= Zugehörigkeitsgefühl)

**Übersicht 1:
Dimensionen der Integration**

Dimensionen	Themenfelder	Indikatoren (Beispiele)
strukturell	Rechtliche Integration	Aufenthaltssicherheit
	Integration in das Bildungssystem	Schulbesuch
	Integration in den Arbeitsmarkt	Erwerbsquote
kulturell	Integration in den Wohnungsmarkt	Eigentümerquote
	Spracherwerb	Sprachfähigkeiten bei Kindern
sozial	Gesundheit	Übergewicht
	Aufenthaltsdauer / Bleibeabsichten	In Deutschland Geborene
identifikatorisch	Multikulturelles Zusammenleben	Einheiratsquote
	Einbürgerungen	Einbürgerungsquote

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik



*23 Indikatoren
zur Messung von Integration*

Das Monitoring greift diese Definition und Gliederung auf und bildet insgesamt 23 Kennzahlen zur objektiven Beschreibung des Integrationsprozesses. Rund die Hälfte der Indikatoren unterscheidet in herkömmlicher Weise zwischen Ausländer/-innen und Deutschen; bei den übrigen Kennziffern konnte ein Bezug zum „Migrationshintergrund“ hergestellt werden.

² Das Konzept der vier Dimensionen für das Integrationsmonitoring geht auf die theoretischen Arbeiten von Friedrich Heckmann zurück, vgl. z. B. Heckmann, Friedrich: Integration und Integrationspolitik in Deutschland. efms Paper Nr. 11. Bamberg, 1997.

*Unterschiedliche Definitionen
des „Migrationshintergrunds“*

Soweit ein Migrationshintergrund ausgewiesen wird, können die Kriterien je nach fachstatistischer Provenienz recht unterschiedlich sein. So wird beispielsweise der Migrationshintergrund in der Schulstatistik anders abgebildet als im Einwohnermelderegister. Ob und wie im konkreten Fall ein Migrationshintergrund definiert wird, ist jeweils bei den einzelnen Indikatoren vermerkt.

*Kennziffern
mit und ohne Vergleichsgruppe*

Die meisten verwendeten Kennziffern lassen sich als „Vergleichsindikatoren“ bezeichnen, nämlich diejenigen, für die Referenzwerte berechnet werden können (z. B. für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund gegenüber der ohne Migrationshintergrund). Damit soll geprüft werden, ob und inwieweit sich Partizipationsmöglichkeiten der Zugewanderten in gesellschaftlichen Schlüsselbereichen durch Angleichung realisiert haben. Darüber hinaus werden „Optimierungsindikatoren“ genutzt, für die sich keine Referenzgrößen berechnen lassen, die aber eine integrationspolitisch relevante Entwicklung abbilden (z. B. die Zahl der Ausländer/-innen mit gesichertem Aufenthaltsrecht oder die Zahl der Einbürgerungen).

Datenquellen

Das Wiesbadener Integrationsmonitoring greift auf verfügbare Daten der amtlichen und der kommunalen Statistik zurück. Primärerhebungen zu integrationsrelevanten Themen fließen sporadisch in das Monitoring ein und verbreitern die Datenbasis. So liefern beispielsweise die Ergebnisse der 2014 und 2016 durchgeführten repräsentativen Bürgerbefragungen „Leben in Wiesbaden“ Informationen zu Kontakten zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, zur Bewertung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens sowie zur Beurteilung von Integration als gesellschaftlicher Aufgabe.

Tabellen und Grafiken

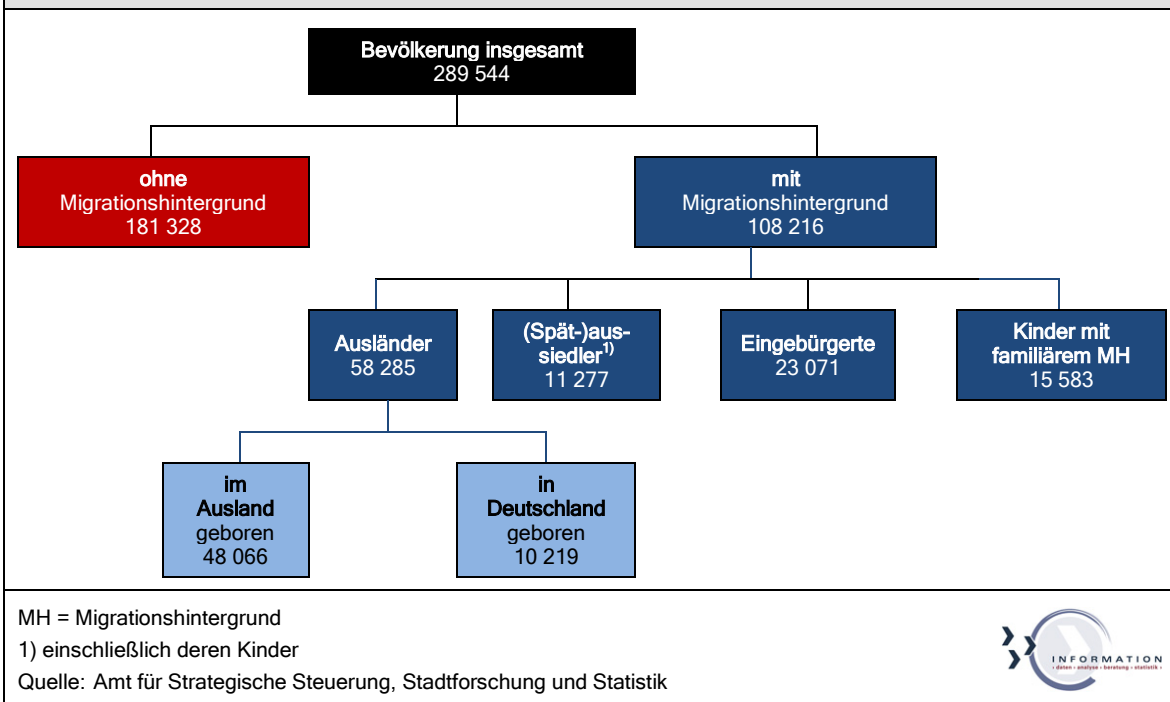
Die Darstellung der Erkenntnisse aus dem Monitoring folgt einem einheitlichen Aufbau; die einzelnen Indikatoren werden jeweils auf ein bis zwei Seiten abschließend dokumentiert. So können die Definitionen der Kennziffern, ihre Datenquellen, methodische Hinweise sowie die Ergebnisse hinsichtlich des Integrationsprozesses „auf einen Blick“ erfasst werden. Wer darüber hinaus an absoluten Größenordnungen interessiert ist, wird im Anhang fündig.

2 Migrantinnen und Migranten in Wiesbaden

Mehr als jeder Dritte hat einen Migrationshintergrund

Ende 2016 hatten 108 216 Wiesbadenerinnen und Wiesbadener einen Migrationshintergrund, das sind 37,4 % der Bevölkerung. Gut die Hälfte von ihnen (58 285) besitzt ausschließlich eine ausländische Staatsangehörigkeit; die übrigen 49 931 sind Deutsche mit einem Migrationshintergrund, der entweder auf eine Herkunft aus dem Ausland oder (bei Minderjährigen) auf einen Migrationshintergrund eines Elternteils zurückzuführen ist.

Bild 1:
Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund am 31.12.2016




Starker Anstieg der Migrantenzahlen

Seit 2006 ist die Zahl der Migrantinnen und Migranten fast kontinuierlich gestiegen - in zehn Jahren um mehr als ein Viertel. Davon wuchs die Zahl von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit um 20 Prozent, die der Deutschen mit Migrationshintergrund um 36 Pro-

zent.³ Auf die Gründe wird bei der Darstellung der Zuwanderungszahlen näher einzugehen sein.

Tab. 1: Personen mit Migrationshintergrund 2006 bis 2016			
Jahr	Personen mit Migrationshintergrund		
	insgesamt	davon	
		Ausländer/-innen	Deutsche
2006	85 476	48 715	36 761
2007	86 900	49 111	37 789
2008	87 164	48 368	38 796
2009	87 755	48 032	39 723
2010	86 045	44 995	41 050
2011	88 560	46 584	41 976
2012	90 866	47 843	43 023
2013	92 953	49 080	43 873
2014	96 270	51 856	44 414
2015	103 132	53 721	49 411
2016	108 216	58 285	49 931

Jeweils 31. Dezember
Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen



*Migrantenbevölkerung
deutlich jünger*

Zwischen der Bevölkerung mit und jener ohne Migrationshintergrund bestehen deutliche Unterschiede im Altersaufbau. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist, vereinfachend gesagt, erheblich jünger; ihr Medianalter liegt mit 35 Jahren um 7 Jahre unter dem der Gesamtbevölkerung. Die deutsche Bevölkerung ohne Migrationshintergrund erreicht ein Medianalter von 48 Jahren.

Besonders auffallend sind die Unterschiede am unteren und am oberen Ende der Altersskala, und entsprechend variiert der Anteil der Migranten zwischen den einzelnen Altersklassen: In den jüngeren Gruppen ist er überproportional hoch (unter 18 Jahre: 57,9 %), in den obersten Altersgruppen (noch) recht gering (65 Jahre und älter: 18,8 %).

³ Die Zahl der Deutschen mit Migrationshintergrund wuchs in der Vergangenheit stetig; der besonders starke Anstieg im Jahr 2015 geht allerdings in erster Linie auf eine Definitionsänderung der Wiesbadener Kommunalstatistik zurück: Bis 2014 wurden Minderjährige über den Migrationshintergrund ihrer Mutter definiert; seit 2015 wird Kindern ein Migrationshintergrund zugeschrieben, wenn mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund besitzt. Die neue Definition entspricht der üblichen Vorgehensweise in der amtlichen Statistik.

Tab. 2:
Bevölkerung nach Alter und Migrationshintergrund am 31.12.2016

Alter in Jahren	Bevölkerung			
	insgesamt	darunter mit Migrationshintergrund		
		zusammen	Ausländer/-innen	Deutsche
unter 6	16 971	9 886	2 417	7 469
6 bis unter 10	11 032	6 588	1 667	4 921
10 bis unter 18	21 329	12 085	3 300	8 785
18 bis unter 30	43 790	16 259	11 778	4 481
30 bis unter 45	59 979	27 492	18 306	9 186
45 bis unter 65	80 104	25 295	15 103	10 192
65 und älter	56 339	10 611	5 714	4 897
Insgesamt	289 544	108 216	58 285	49 931

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen


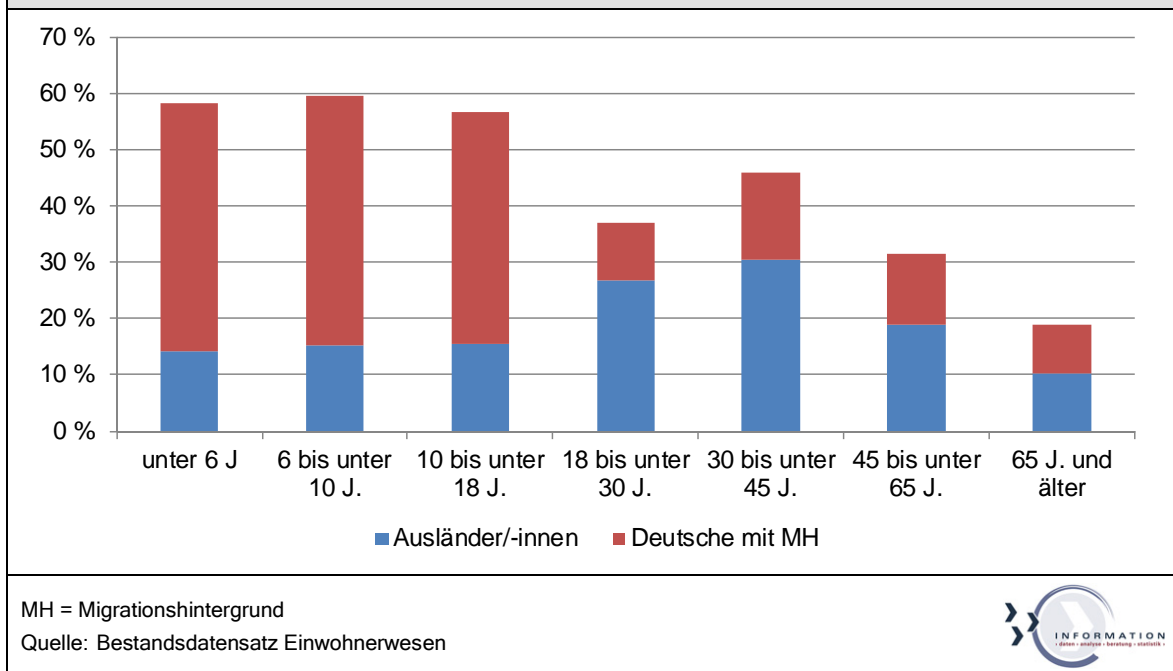
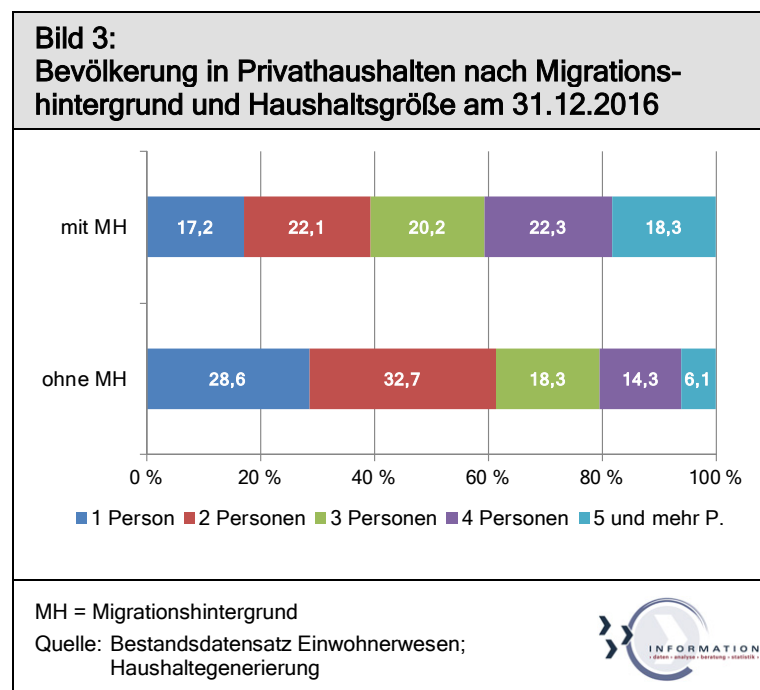


Bild 2:
Migrantanteil an der Bevölkerung am 31.12.2016



*Migranten
eher in größeren Haushalten*

Wiesbadenerinnen und Wiesbadener mit Migrationshintergrund bilden tendenziell größere Haushalte als Einheimische. 40,6 % von ihnen leben in Haushalten mit vier und mehr Personen (Bevölkerung ohne Migrationshintergrund: 20,4 %). Andererseits sind Alleinlebende innerhalb der Migrantenbevölkerung vergleichsweise selten anzutreffen: Der Single-Anteil liegt hier bei 17,2 %, während in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund mit 28,6 % mehr als jede/r Vierte einen Einpersonenhaushalt führt. Die unterschiedliche Größenstruktur ist dabei nicht nur auf ein abweichendes Haushaltsbildungsverhalten zurückzuführen, sondern ist auch eine Folgewirkung der unterschiedlichen Altersverteilung zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund.



*Häufigste Herkunftsländer:
Türkei und Polen*


Die in Wiesbaden lebenden Migrantinnen und Migranten kommen aus insgesamt 172 verschiedenen Ländern. Mit 16 848 Personen stammt die größte Gruppe aus der Türkei, das sind 15,6 % aller Migranten. 9 449 von ihnen haben die türkische Staatsangehörigkeit, weitere 7 399 besitzen türkische Wurzeln und haben die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung oder aufgrund ihrer Geburt in Deutschland erhalten.

Die zweitgrößte Gruppe mit 7 308 Personen hat einen polnischen Migrationshintergrund. Sie setzt sich zusammen aus 4 560 polnischen Staatsangehörigen und 2 748 Deutschen polnischer Herkunft.

Weitere umfangreiche Bevölkerungsgruppen kommen aus der Russischen Föderation, aus Marokko, Italien, Rumänien und Kasachstan. Von den Einwohnern russischer und kasachischer Herkunft besitzen die allermeisten die deutsche Staatsangehörigkeit; hier handelt es sich in der Mehrzahl der Fälle um (Spät-)aussiedler.

**Tab. 3:
Die häufigsten Herkunftsländer der Wiesbadener
Migrantinnen und Migranten am 31.12.2016**

Herkunftsland	Personen mit Migrationshintergrund		
	insgesamt	davon	
		Ausländer/-innen	Deutsche
Türkei	16 848	9 449	7 399
Polen	7 308	4 560	2 748
Russische Föderation	5 980	1 124	4 856
Marokko	5 655	1 792	3 863
Italien	5 189	4 096	1 093
Rumänien	3 866	2 851	1 015
Kasachstan	3 601	169	3 432
Griechenland	3 299	2 681	618
Syrien	3 165	1 968	1 197

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen 

*Positiver Wanderungssaldo
durch Zuwanderung ...*

Zuwanderungen aus dem Ausland trugen in den letzten Jahren erheblich zum Wachstum der Wiesbadener Bevölkerung bei. Seit 2009 ist deren Zahl Jahr für Jahr gestiegen; allein in den Jahren 2014 bis 2016 kamen knapp 20 000 „Neuzuwanderer“ nach Wiesbaden, die eine besondere Zielgruppe der Integrationsarbeit bilden.

... aus (Süd-)osteuroopa ...

Bis heute hat der Zustrom aus osteuropäischen Ländern einen hohen Anteil, darunter vor allem aus den Ländern Rumänien und Bulgarien, die 2007 der europäischen Union beigetreten sind und für die seit 2011 bzw. 2014 die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt.

**Tab. 4:
Zuzüge von Ausländer/-innen aus dem Ausland 2009 bis 2016**

	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009
Insgesamt	6 697	6 564	5 883	4 896	4 384	4 387	3 721	3 102
Männer	4 218	3 951	3 668	3 064	2 685	2 917	2 380	1 989
Frauen	2 479	2 613	2 215	1 832	1 699	1 470	1 341	1 113
im Alter von ... Jahren								
unter 18	1 100	1 241	856	613	498	419	353	280
18 bis unter 25	1 478	1 334	1 162	1 047	915	924	736	693
25 bis unter 30	1 074	994	890	754	677	679	599	517
30 bis unter 40	1 421	1 339	1 360	1 171	1 072	1 082	1 030	802
40 bis unter 50	966	953	1 012	775	739	773	603	494
50 bis unter 65	553	571	498	451	426	460	344	278
65 und mehr	105	132	105	85	57	50	56	38
mit ... Staatsangehörigkeit								
ungeklärter	1 103	455	4	-	1	1	3	4
rumänischer	764	835	900	722	611	462	448	239
bulgarischer	658	696	663	461	497	494	331	214
polnischer	507	544	579	686	704	819	556	530
kroatischer	328	298	278	147	41	47	75	70
bosnisch-herzegowinischer	296	163	278	201	129	230	222	166
italienischer	270	296	323	234	193	157	136	107
amerikanischer	217	244	252	225	161	221	204	171
spanischer	157	154	220	219	181	108	84	67
ungarischer	145	162	144	175	190	183	88	140
mit Staatsangehörigkeit								
eines EU-Landes	3 376	3 617	3 698	3 273	2 971	2 792	2 130	1 698
eines Drittstaates	3 321	2 947	2 185	1 623	1 413	1 595	1 591	1 404

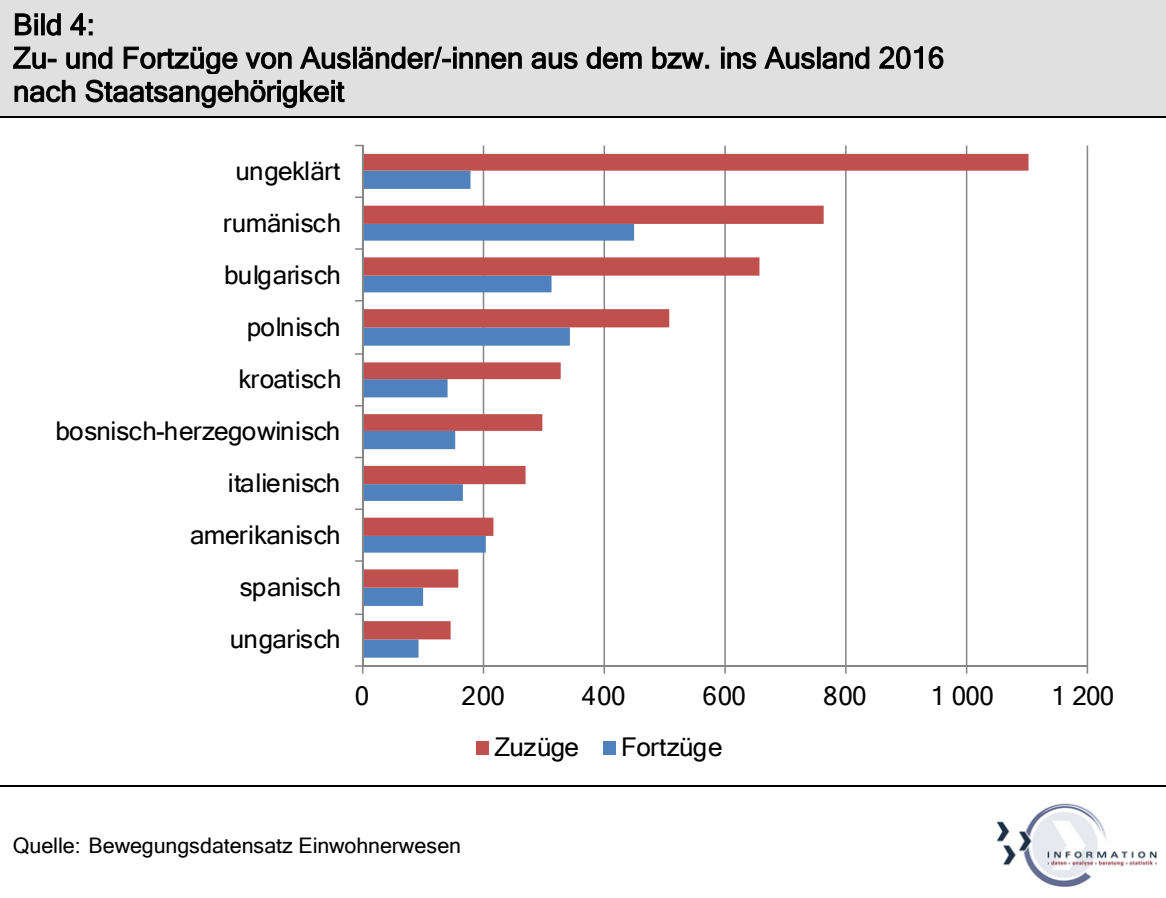
Quelle: Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen



... und aus internationalen
Krisengebieten

Seit 2015 wird der Wanderungsgewinn verstärkt durch die Zuwanderung von Geflüchteten, vor allem aus Syrien und Afghanistan. Zahl und Herkunft der Geflüchteten werden im nachfolgenden Kapitel ausführlicher dargestellt.⁴

⁴ In Tabelle 4 und Bild 4 bilden Ausländer/-innen mit „ungeklärter Staatsangehörigkeit“ die größte Gruppe. Hierbei handelt es sich ausschließlich um Geflüchtete, deren Staatsangehörigkeit zum Zeitpunkt der Anmeldung gegenüber der Meldebehörde noch nicht nachgewiesen wurde.



Überwiegend handelt es sich bei den Neuzuwanderern um Männer (im Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2016: 63 %). Rund 85 % der Zugewanderten waren im erwerbsfähigen Alter zwischen 18 und 65 Jahren. Aber auch die Zahl der Minderjährigen unter den Eingewanderten ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen.

3 Exkurs: Zuwanderung von Geflüchteten

*Flüchtlingskrise
 prägt das Wanderungs-
 geschehen*

Seit 2015 ist die Zuwanderung aus dem Ausland hauptsächlich durch den Zustrom von Geflüchteten aus Bürgerkriegs- und sonstigen Krisengebieten geprägt. „Die hohe Zahl der nach Deutschland und damit auch nach Wiesbaden gekommenen Geflüchteten stellt die Stadt vor gravierende Herausforderungen und löst damit einen besonderen Handlungsbedarf aus. Es ist davon auszugehen, dass eine Mehrzahl der nach Wiesbaden zugewiesenen Geflüchteten eine hohe Bleibewahrscheinlich-

keit besitzt und deren Integration eine langfristige und dauerhafte Aufgabe darstellt.“⁵

*Zielgruppe
des Integrationskonzepts*

Gemäß der Zielgruppenbeschreibung im Wiesbadener Integrationskonzept für Geflüchtete werden „geflüchtete Menschen ... definiert als alle Personen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder aufgrund ihres anerkannten Fluchtstatus Leistungen nach dem SGB II, SGB XII oder SGB VIII erhalten und/oder ins Bundesgebiet eingereist sind und wegen der willkürlichen Gewalt in ihren Heimatländern im Rahmen internationaler oder innerstaatlicher bewaffneter Konflikte oder aus Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung Schutz gesucht haben“.

Als Datengrundlage und Planungsgröße für das Integrationskonzept für Geflüchtete und für Integrationsmaßnahmen sind Informationen über die Zahl und Zusammensetzung der Geflüchteten notwendig. Solche Informationen stellt das Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik in Zusammenarbeit mit dem Amt für Zuwanderung und Integration seit Mitte 2016 zur Verfügung.

*Definition
über das Aufenthaltsrecht*

Als Datenquelle hierfür wird das DV-Verfahren der Ausländerbehörde (LaDiVA) genutzt. Kriterien zur Abgrenzung der Zielgruppe sind ein Einreisedatum ab dem 1. Januar 2015 und die Erfüllung ausgewählter Rechtsgrundlagen des Aufenthalts gemäß Aufenthaltsgesetz und Asylgesetz. Die Auswahl beschränkt sich auf die der Landeshauptstadt Wiesbaden zugewiesenen Geflüchteten, berücksichtigt also nicht die Bewohner der Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes Hessen.

⁵ Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Zuwanderung und Integration: Integrationskonzept für geflüchtete Menschen in Wiesbaden 2016 - 2020.

**Tab. 5:
Geflüchtete in Wiesbaden**

Stichtag	Geflüchtete insgesamt	darunter mit Staatsangehörigkeit		
		syrisch	afghanisch	irakisch
31.05.2016	2 613	1 080	692	193
30.06.2016	2 825	1 155	779	222
31.07.2016	2 928	1 190	811	225
31.08.2016	3 049	1 245	846	226
30.09.2016	3 201	1 306	894	240
31.10.2016	3 357	1 346	941	261
30.11.2016	3 452	1 398	972	269
31.12.2016	3 508	1 418	982	270
31.01.2017	3 552	1 422	992	275
28.02.2017	3 637	1 453	1 002	291
31.03.2017	3 682	1 463	1 010	300
30.04.2017	3 745	1 472	1 019	319
31.05.2017	3 765	1 476	1 030	321
30.06.2017	3 813	1 500	1 027	328

Quelle: Ausländerbehörde (LaDiVA)

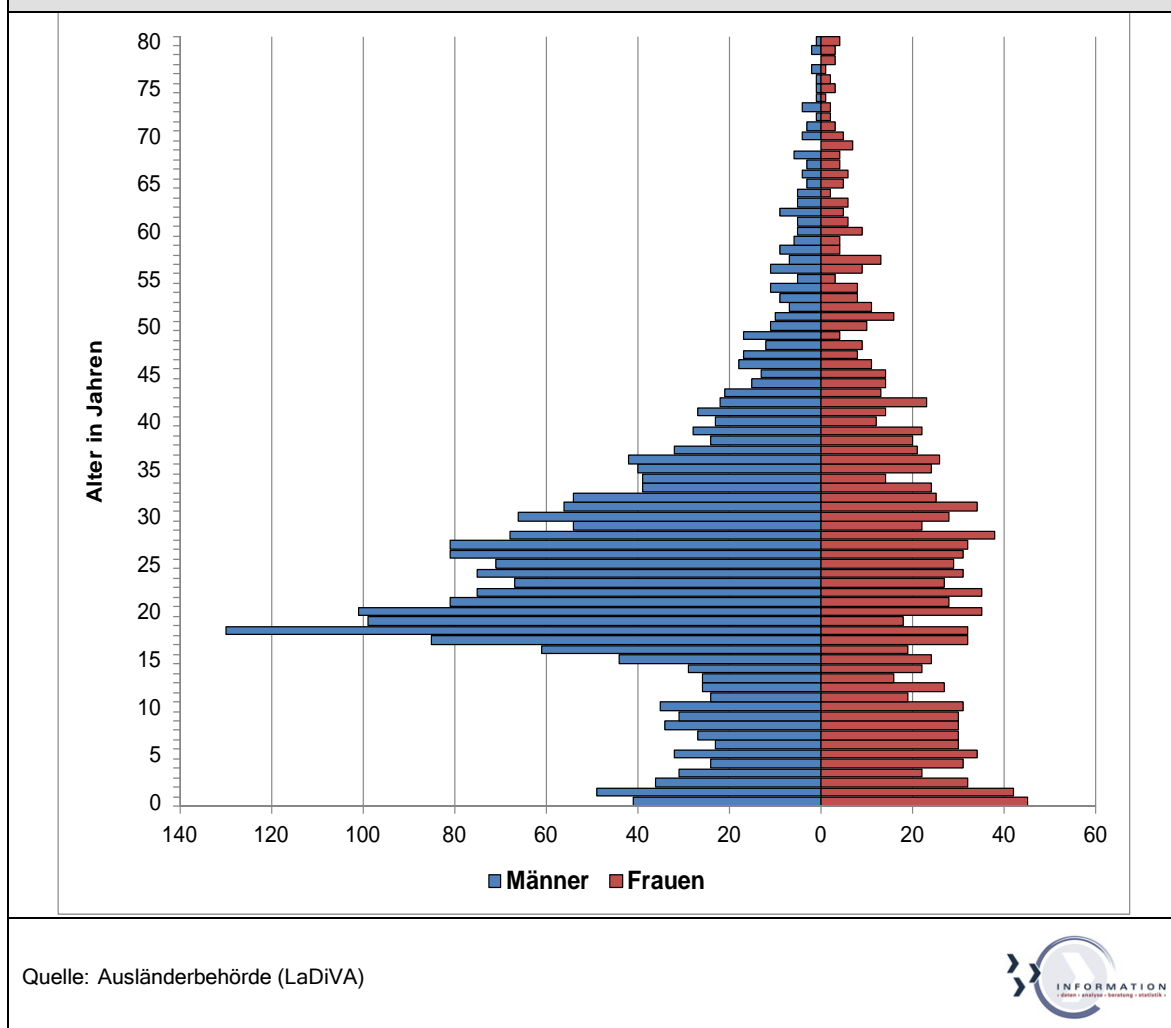


*Geflüchtete in der Mehrzahl
jung und männlich*

Demnach leben derzeit rund 3 800 Geflüchtete in Wiesbaden, rund drei Viertel von ihnen in Gemeinschaftsunterkünften. Eine Differenzierung nach demographischen Merkmalen zeigt:

- Es sind deutlich mehr Männer als Frauen.
- Ein Drittel der Geflüchteten ist minderjährig.
- Der Altersmedian liegt bei 24 Jahren und damit erheblich niedriger als der aller Wiesbadener/-innen (42 Jahre) oder auch der in Wiesbaden lebenden Ausländer/-innen (38 Jahre). Die Bevölkerungspyramide lässt deutlich den Schwerpunkt in den jungen Altersgruppen und bei den Männern erkennen (s. Bild 5).
- Zwei Drittel aller Geflüchteten kommen aus Syrien und Afghanistan.

Bild 5:
Geflüchtete nach Alter und Geschlecht am 30.06.2017



*Effekt auf Indikatoren
 des Monitorings*

Bereits zum jetzigen Zeitpunkt zeigen sich Auswirkungen auf viele Kennziffern des Integrationsmonitorings (z. B. Aufenthaltsstatus und -dauer, Kita-Besuch u.a.). Allerdings sind die Effekte nicht quantifizierbar, da die „Flüchtlingseigenschaft“ kein Merkmal in den Fachstatistiken ist.

*16 % der Wiesbadener
 haben Kontakte zu Flüchtlingen*

In der Umfrage „Leben in Wiesbaden 2016“⁶ sind Wiesbadener danach befragt worden, ob sie persönliche Kontakte zu Flüchtlingen und Asylsuchenden haben. Immerhin ein Sechstel der Befragten bejaht diese Frage. Wenn Kontakte bestehen, finden diese überwiegend am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft oder im Rahmen eines Engagements in der Flüchtlingshilfe statt (s. Tab. 29).

⁶ Weitere Umfrageergebnisse s. Kapitel 8.

4 Indikatoren zur strukturellen Integration

4.1 Rechtliche Integration

A.1.1 Aufenthaltstitel

Definition

Anteil der Ausländer mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel oder einer EU-Staatsangehörigkeit

Relevanz

Ein gesichertes Aufenthaltsrecht ist eine wesentliche Voraussetzung für eine langfristige Lebensperspektive und weitere Integrationsschritte der in Wiesbaden lebenden Ausländerinnen und Ausländer. Je besser die rechtliche Absicherung, desto besser die Chancen am öffentlichen Leben teilzuhaben, die eigenen Interessen wahrzunehmen und vor allem auch uneingeschränkt einer Beschäftigung nachgehen zu können.

Datenquelle

Ausländerbehörde (LaDiVA, jeweils 31. Dezember)

Migrationshintergrund

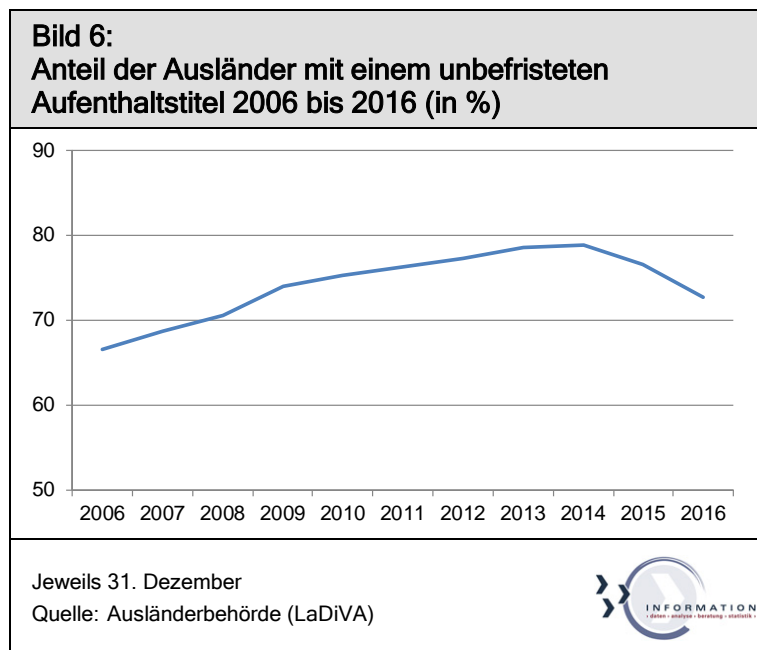
Daten beziehen sich auf Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Tab. 6:
Anteil der Ausländer mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel 2006 bis 2016 (in %)

Jahr	Anteil unbefristeter Aufenthalt		
	insgesamt	Männer	Frauen
2006	66,5	67,4	65,5
2007	68,7	69,6	67,9
2008	70,5	71,3	69,7
2009	73,9	75,1	72,8
2010	75,3	76,3	74,4
2011	76,2	77,3	75,1
2012	77,3	78,4	76,2
2013	78,5	79,5	77,5
2014	78,8	79,2	78,3
2015	76,5	76,2	76,7
2016	72,7	71,7	73,8

Jeweils 31. Dezember
 Quelle: Ausländerbehörde (LaDiVA)





*Seit zwei Jahren
negativer Trend*

Ende des Jahres 2016 hatten 72,7 % der in Wiesbaden lebenden Ausländerinnen und Ausländer einen sicheren Aufenthaltsstatus. Die positive Tendenz der Vergangenheit, die bis 2014 zu beobachten war, hat sich in den letzten beiden Jahren umgekehrt - Folge der Zuwanderung von Geflüchteten aus Krisengebieten.

A.1.2 Einbürgerungsanspruch

Definition

Anteil der Ausländer, die einen eigenständigen Anspruch auf Einbürgerung haben: Sie sind mindestens 16 Jahre alt, haben seit acht Jahren rechtmäßig ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland und verfügen über einen unbefristeten Aufenthaltstitel oder sind freizügigkeitsberechtigte EU-Bürger.

Relevanz

Ausländer, die diese Kriterien erfüllen, haben rechtlich gesehen die besten Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilhabe an der Aufnahmegesellschaft.

Datenquelle

Ausländerbehörde (LaDiVA, jeweils 31. Dezember)

Migrationshintergrund

Daten beziehen sich auf Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Methodische Hinweise

Gemessen werden mit diesem Indikator lediglich die aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen einer möglichen Einbürgerung. Weitere Bedingungen wie Kenntnisse der deutschen Sprache sowie das Bestehen eines Einbürgerungstestes können statistisch nicht abgebildet werden.

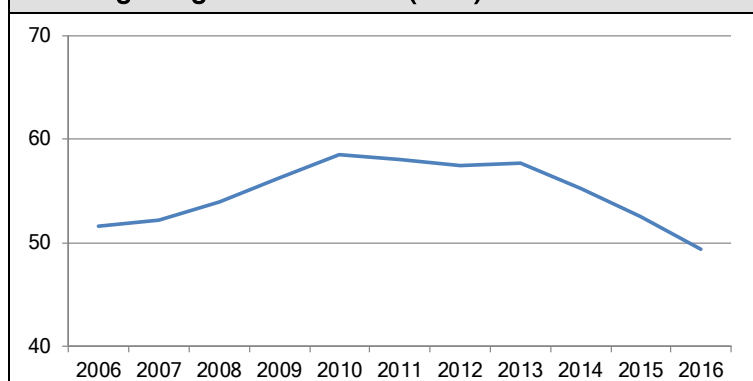
Tab. 7:
Anteil der Ausländer mit einem Anspruch auf Einbürgerung 2006 bis 2016 (in %)

Jahr	Anteil Einbürgerungsanspruch		
	insgesamt	Männer	Frauen
2006	51,6	51,7	51,5
2007	52,2	52,4	52,0
2008	54,0	54,0	54,1
2009	56,3	56,4	56,3
2010	58,5	58,3	58,6
2011	58,0	57,2	58,8
2012	57,4	56,2	58,5
2013	57,7	56,2	59,3
2014	55,2	53,0	57,4
2015	52,5	49,9	55,3
2016	49,4	46,2	52,8

Jeweils 31. Dezember
 Quelle: Ausländerbehörde (LaDiVA)



Bild 7:
Anteil der Ausländer mit einem Anspruch auf Einbürgerung 2006 bis 2016 (in %)



Jeweils 31. Dezember
 Quelle: Ausländerbehörde (LaDiVA)



*Jede/r Zweite
 könnte sich einbürgern lassen*

Der Anteil der Einbürgerungsberechtigten liegt 2016 bei 49,4 % - rund die Hälfte der Wiesbadener mit ausländischem Pass erfüllt also die aufenthaltsrechtlichen Vo-

raussetzungen um Deutsche zu werden. Dass sich der bis 2010 beobachtete Aufwärtstrend in den letzten Jahren nicht fortgesetzt hat, ist auf die verstärkte Neuzuwanderung aus Osteuropa und von Geflüchteten zurückzuführen.

4.2 Integration in das Bildungssystem

A.2.1 Kindertagesstättenbesuch

Definition

Anteil der Kinder, die vor ihrer Einschulung mindestens 18 Monate lang eine Kindertagesstätte besucht haben

Relevanz

Die frühkindliche Förderung hat für den gesamten Bildungserfolg eine zentrale Bedeutung. Insbesondere wird der Entwicklung der sprachlichen Fähigkeiten eine Schlüsselrolle bei der Integration zuerkannt, da von den Sprachkenntnissen der Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt abhängt. Zudem fördert der Besuch einer Kindertagesstätte die kognitiven und sozialen Fähigkeiten. Der Ausbau der frühkindlichen Tagesbetreuung ist daher ein wichtiges integrationspolitisches Ziel.

Datenquelle

Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)

Migrationshintergrund

Anlässlich der Schuleingangsuntersuchung wird der Migrationshintergrund über die Herkunft der Eltern erfragt. Ein Migrationshintergrund besteht, wenn beide Elternteile (oder der alleinerziehende Elternteil) einer anderen Ethnie angehört. Bei Kindern aus „gemischten“ Ehen wird ein Migrationshintergrund unterstellt, wenn der nichtdeutsche Elternteil kulturell oder sprachlich stark prägt. Ein Migrationshintergrund wird auch dann angenommen, wenn in der Familie eine andere Sprache als Deutsch gesprochen wird oder das Kind bis zum dritten Lebensjahr eine andere Sprache als Muttersprache erlernt hat.

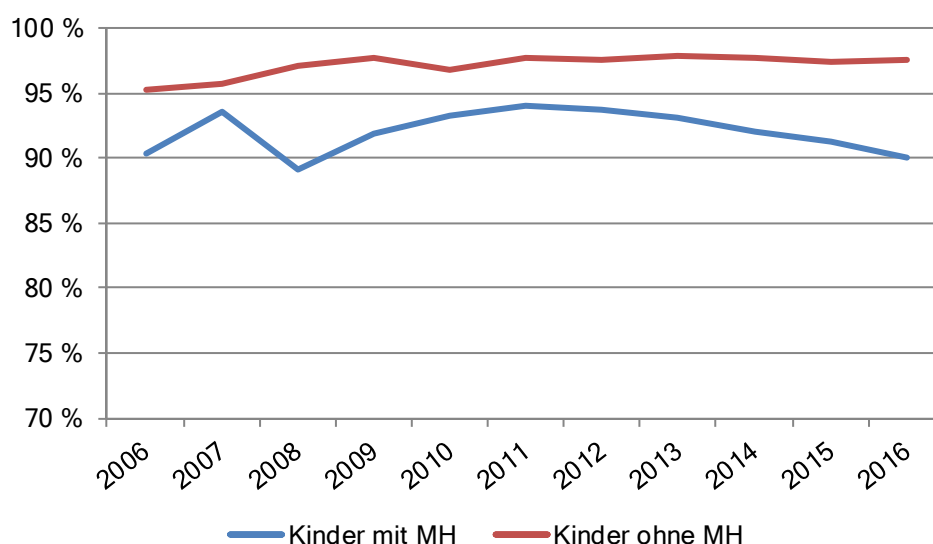
Tab. 8:
Anteil der Kinder mit einem Kindertagesstättenbesuch von mindestens 18 Monaten an allen einzuschulenden Kindern 2006 bis 2016

Jahr	Kinder mit Migrationshintergrund			Kinder ohne Migrationshintergrund		
	zusammen	Jungen	Mädchen	zusammen	Jungen	Mädchen
	%			%		
2006	90,3	89,1	91,6	95,2	94,8	95,7
2007	93,5	93,5	93,4	95,8	96,5	95,0
2008	89,2	89,3	89,2	97,1	97,0	97,2
2009	91,9	91,9	91,9	97,7	97,5	97,8
2010	93,3	93,8	92,8	96,8	97,9	95,4
2011	94,0	94,1	94,0	97,7	97,6	97,8
2012	93,8	94,1	93,4	97,5	97,1	97,9
2013	93,2	92,5	93,8	97,9	98,1	97,6
2014	92,0	90,4	93,7	97,7	98,0	97,4
2015	91,2	90,1	92,3	97,4	97,8	96,9
2016	90,1	89,5	90,8	97,6	97,5	97,8

Quelle: Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)



Bild 8:
Anteil der Kinder mit einem Kindertagesstättenbesuch von mindestens 18 Monaten an allen einzuschulenden Kindern 2006 bis 2016



MH = Migrationshintergrund

Quelle: Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)



Methodische Hinweise

Zu beachten ist, dass der Indikator auch von der Aufenthaltsdauer in Deutschland beeinflusst werden kann: Kinder aus Migrantenfamilien, die erst kurz vor der Einschulung in die Bundesrepublik eingewandert sind, haben nicht die Chance auf einen ausreichend langen Besuch einer Kindertagesstätte. Dadurch ist die Vergleichbarkeit mit einheimischen Kindern eingeschränkt.

*Langfristig positive Tendenz
beim Kindergartenbesuch*

Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund, die eine Elementareinrichtung mindestens 18 Monate besucht haben, lag 2016 bei 90 %. Damit hat sich die Verbesserung, die zwischen 2008 und 2011 zu beobachten war, in den letzten Jahren nicht fortsetzen können, vielmehr hat sich der Abstand zu den einheimischen Kindern wieder leicht erhöht. Dies ist wohl darin begründet, dass mit der verstärkten Zuwanderung aus dem Ausland in den letzten Jahren auch die Zahl der Kinder gestiegen ist, die ohne (oder ohne längeren) Besuch einer Kindertagesstätte eingeschult wurden.

A.2.2 Gymnasialquote in der 8. Jahrgangsstufe

Definition

Anteil von Gymnasialschüler/-innen an allen Schüler/-innen der 8. Jahrgangsstufe

Relevanz

Der Indikator gibt einen Zwischenstand im Bildungsweg zu einem Zeitpunkt vor dem Schulabschluss und bei voller Differenzierung der Bildungswege wieder. Es handelt sich um eine wichtige Kennziffer für die strukturelle Integration und die Chancengleichheit im Bildungssystem. Die Relation von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund auf dem Gymnasium zeigt an, ob vergleichbare Bildungschancen zu einheimischen Schülerinnen und Schülern bestehen.


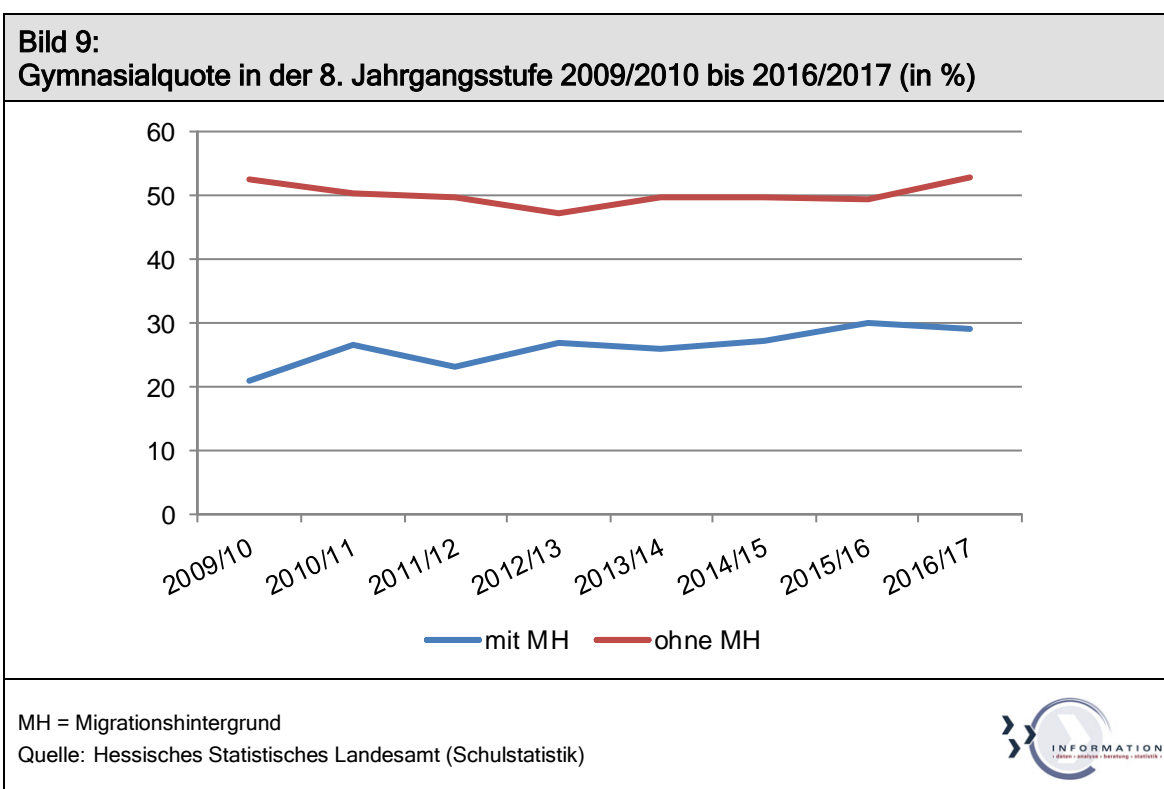
Datenquelle

Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik, jeweils im Herbst des Schuljahres)

**Tab. 9:
Gymnasialquote in der 8. Jahrgangsstufe 2009/2010 bis 2016/2017 (in %)**

Schuljahr	Schüler/-innen mit Migrationshintergrund			Schüler/-innen ohne Migrationshintergrund		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
2009/10	21,0	17,5	24,8	52,6	51,2	54,2
2010/11	26,7	26,2	27,1	50,4	49,4	51,5
2011/12	23,3	21,2	25,9	49,6	47,5	51,7
2012/13	26,8	25,1	28,8	47,4	45,8	49,1
2013/14	26,1	24,0	28,3	49,9	47,5	52,7
2014/15	27,4	23,6	31,6	49,9	45,6	54,5
2015/16	30,2	26,7	33,7	49,3	48,5	50,1
2016/17	29,2	25,3	33,5	52,8	50,5	55,2

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik)

Migrationshintergrund

Die Schulstatistik verwendet eine Definition des Migrationshintergrundes, die die drei Merkmale Staatsangehörigkeit, überwiegend in der Familie gesprochene Verkehrssprache und Geburtsland einbezieht. Migrationsmerkmale der Eltern gehen in die Ableitung des Merkmals nicht ein. Die Definition wird in Hessen seit dem Schuljahr 2009/2010 umgesetzt.

Methodische Hinweise

Die Erhebung der Schulstatistik umfasst sowohl öffentliche Schulen als auch Schulen in privater Trägerschaft.

*Leichte Tendenz
zur Annäherung*

Hinsichtlich der Gymnasialquote lassen sich zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund ausgeprägte Unterschiede diagnostizieren: In den achten Klassen der allgemeinbildenden Schulen gehen derzeit 52,8 % der Kinder ohne Migrationshintergrund aufs Gymnasium; die entsprechende Quote bei Kindern ausländischer Herkunft liegt mit 29,2 % deutlich niedriger. Unabhängig von der Herkunft gehen in der achten Jahrgangsstufe Mädchen häufiger auf das Gymnasium als Jungen.

A.2.3 Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen

Definition

Anteil der Schulabgänger/-innen nach erreichtem Abschluss an allen Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen

Relevanz

Der Indikator misst die erreichten Schulabschlüsse bei allen Schulabgänger/-innen am Ende eines Schuljahres; er ist eine zentrale Kennziffer für die strukturelle Integration und Chancengleichheit im Bildungssystem. Der erreichte Schulabschluss ist die Grundlage, auf der die weitere Teilhabe im Ausbildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt aufbauen kann. Wird kein Schulabschluss erworben, sind die Integrationschancen gering. Je höher der erreichte Schulabschluss ist, desto besser sind auch die weiteren strukturellen Integrationschancen.

Datenquelle

Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik)

Migrationshintergrund

Die Schulstatistik verwendet eine Definition des Migrationshintergrundes, die die drei Merkmale Staatsangehörigkeit, überwiegend in der Familie gesprochene Verkehrssprache und Geburtsland einbezieht. Migrationsmerkmale der Eltern gehen in die Ableitung des Merkmals nicht ein. Die Definition wird in Hessen seit dem Schuljahr 2009/2010 umgesetzt.

Methodische Hinweise

Der Indikator beschränkt sich auf die Schulabschlüsse an allgemeinbildenden Schulen (öffentliche und private Schulen). Darüber hinaus werden Bildungsabschlüsse nicht nur an allgemeinbildenden Schulen, sondern auch an beruflichen Schulen erlangt. 2016 erwarben 922 Schülerinnen und Schüler einen allgemeinbildenden Schulabschluss an beruflichen Schulen, davon 21 % die allgemeine Hochschulreife, 58 % die Fachhochschulreife, 8 % einen mittleren Abschluss und 13 % einen Hauptschulabschluss. Allerdings kann auf beruflichen Schulen nur zwischen deutschen und ausländischen Schüler/-innen und nicht nach dem Migrationshintergrund differenziert werden.

Effekt von „G8“

Bei der Verteilung auf die Schulabschlüsse ist zu beachten, dass aufgrund der Einführung des achtjährigen Gymnasiums (G8) von 2012 bis 2014 „doppelte Abiturjahrgänge“ die Schulen verlassen haben. Die tendenziell gestiegene Zahl von Abgängerinnen und Abgängern mit Hochschulreife ist zu einem Teil auch darauf zurückzuführen.

**Tab. 10:
Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen 2010 bis 2016**

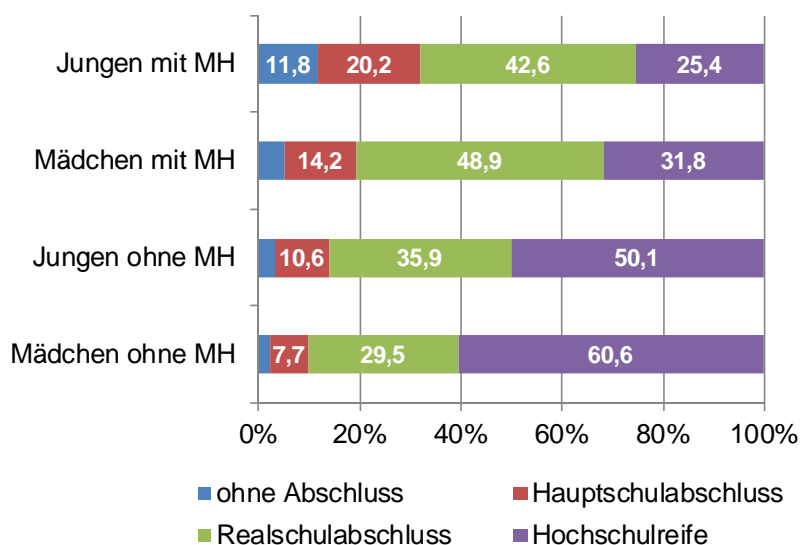
Art des Abschlusses	Jahr	Abgänger/-innen					
		mit Migrationshintergrund			ohne Migrationshintergrund		
		insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
		%			%		
ohne Hauptschulabschluss	2010	7,6	9,9	5,7	3,1	2,9	3,1
	2011	9,1	11,3	7,1	2,7	3,4	2,1
	2012	8,5	9,0	7,9	2,3	2,1	2,4
	2013	7,9	9,1	6,8	1,7	1,8	1,6
	2014	7,3	10,1	4,5	2,7	3,4	2,2
	2015	4,4	5,3	3,5	1,2	1,5	0,9
	2016	8,5	11,8	5,1	2,8	3,3	2,2
mit Hauptschulabschluss	2010	32,9	38,7	27,9	13,0	14,9	11,2
	2011	30,6	34,8	26,8	12,5	15,1	10,2
	2012	28,3	32,1	24,5	11,7	12,8	10,5
	2013	22,9	26,9	19,0	9,2	10,6	8,0
	2014	20,7	23,2	18,1	8,2	9,5	7,0
	2015	17,6	17,7	17,5	8,9	9,8	8,0
	2016	17,3	20,2	14,2	9,1	10,6	7,7
mit Realschulabschluss	2010	42,3	38,7	45,4	35,4	37,1	33,9
	2011	40,7	38,3	42,9	34,2	36,3	32,4
	2012	40,4	40,0	40,9	33,8	36,2	31,2
	2013	45,9	43,7	47,9	34,9	38,6	31,2
	2014	45,7	45,5	46,0	29,3	32,9	26,0
	2015	47,9	49,6	46,2	30,0	31,6	28,4
	2016	45,7	42,6	48,9	32,7	35,9	29,5
mit Hochschulreife	2010	17,1	12,7	21,0	48,5	45,1	51,8
	2011	19,6	15,7	23,2	50,6	45,2	55,4
	2012	22,8	18,9	26,7	52,2	48,8	55,9
	2013	23,4	20,3	26,3	54,1	49,0	59,3
	2014	26,3	21,2	31,4	59,8	54,3	64,8
	2015	30,0	27,4	32,7	59,9	57,2	62,7
	2016	28,5	25,4	31,8	55,4	50,1	60,6

Ohne Abgänge aus Förderschulen

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik)



Bild 10:
Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen 2016



MH = Migrationshintergrund
 Ohne Abgänge aus Förderschulen
 Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik)



*Unter den Migranten
 viele Schulabgänger
 ohne Abschluss*

Die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss liegt unter den Migranten bei 8,5 % und damit dreimal so hoch wie bei den Schulentlassenen ohne Migrationshintergrund. Vor allem männliche Migranten verlassen die Schule häufig ohne Zeugnis. Die Hochschulreife erreichten unter den Migrantinnen und Migranten 28,5 %; unter den Abgängern ohne Migrationshintergrund lag der Anteil mit 55,4 % fast zweimal so hoch. Ein Trend zu höheren Bildungsabschlüssen lässt sich bei beiden Gruppen feststellen. Ebenfalls für beide Gruppen gilt, dass Schülerinnen im Schnitt bessere Abschlüsse erhielten als ihre männlichen Mitschüler.

A.2.4 Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag

Definition Anteil der Schüler ohne Ausbildungsvertrag an allen Schüler/-innen an Berufsschulen

Relevanz Die meisten Jugendlichen streben, sofern sie nicht studieren wollen, beim Verlassen der Schule eine betriebliche Berufsausbildung an. Sie wird im dualen System, also in der Kombination von betrieblicher Ausbildung und Berufsschulbesuch, absolviert. Die Ausbildungsbetriebe entscheiden darüber, welche Bewerber einen Ausbildungsplatz bekommen. Das Bestehen eines vertraglichen Ausbildungsverhältnisses mit dem ausbildenden Betrieb stellt eine erste Integration in das Berufsleben dar. Wer dagegen keinen Ausbildungsvertrag abschließen konnte, gilt als Problemkandidat auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Datenquelle Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik, jeweils im Herbst des Schuljahres)

Migrationshintergrund Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich

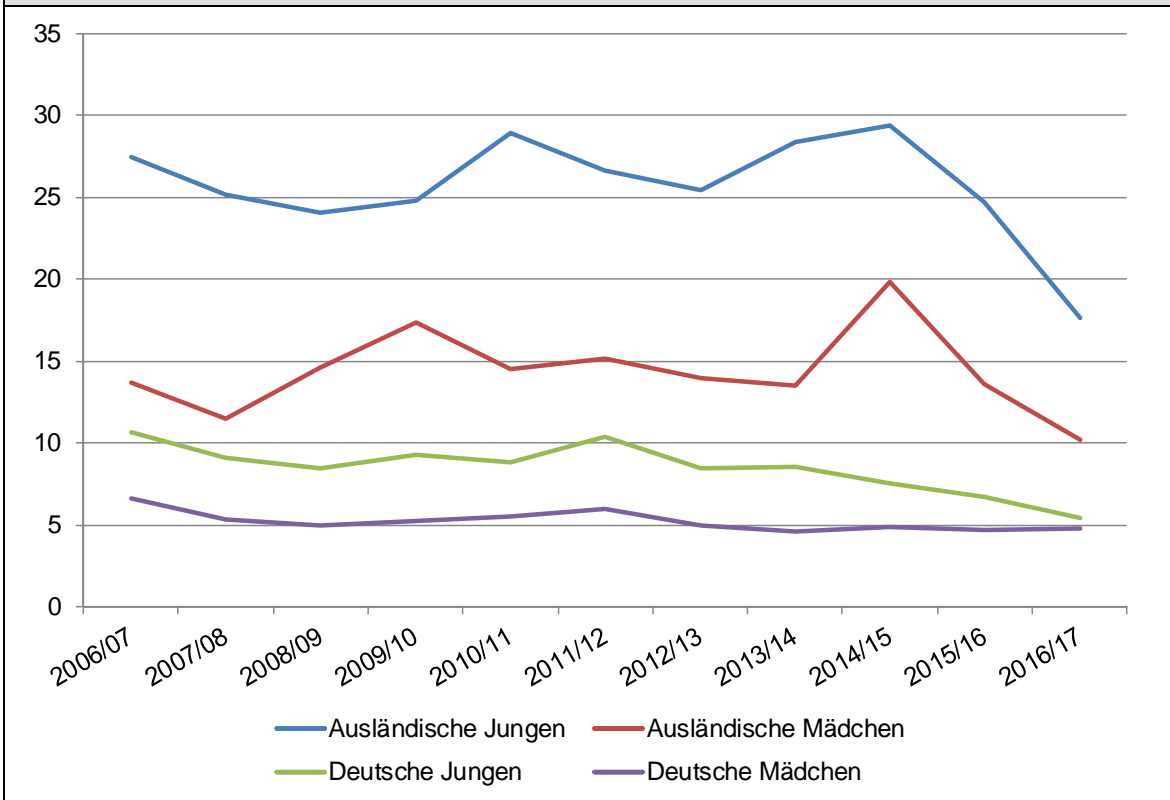
Tab. 11:
Anteil der Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag 2006/2007 bis 2016/2017 (in %)

Schuljahr	Ausländische Schüler/-innen			Deutsche Schüler/-innen		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
2006/07	21,1	27,5	13,7	8,9	10,7	6,6
2007/08	18,9	25,2	11,5	7,4	9,1	5,3
2008/09	19,6	24,1	14,6	7,0	8,5	5,0
2009/10	21,5	24,8	17,4	7,5	9,3	5,2
2010/11	22,8	28,9	14,5	7,4	8,8	5,5
2011/12	21,7	26,6	15,2	8,4	10,4	6,0
2012/13	20,4	25,4	14,0	7,0	8,5	5,0
2013/14	22,4	28,4	13,5	6,9	8,5	4,6
2014/15	25,5	29,4	19,8	6,4	7,5	4,9
2015/16	20,1	24,7	13,6	5,9	6,7	4,7
2016/17	14,6	17,6	10,2	5,2	5,4	4,8

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik)



Bild 11:
Anteil der Berufsschüler/-innen ohne Ausbildungsvertrag
2006/2007 bis 2016/2017 (in %)



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt



*Unterschiede
 beim Einstieg in den Beruf*

Zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen bestehen nach wie vor gravierende Unterschiede, was die Chancen auf ein vertragliches Ausbildungsverhältnis angeht. Zu Beginn des Schuljahres 2016/2017 hat jeder siebte ausländische Berufsschüler keinen Ausbildungsplatz, bei den deutschen Schülerinnen und Schülern trifft das lediglich auf gut 5 % zu. Allerdings hat sich die Situation für ausländische Jugendliche in den letzten beiden Jahren spürbar verbessert: 2014/2015 war noch jeder vierte ausländische Jugendliche daran gescheitert, einen Ausbildungsvertrag abzuschließen.

A.2.5 Ausbildungsbeteiligungsquote

<i>Definition</i>	Anteil der Auszubildenden im dualen System (sozialversicherungspflichtige Auszubildende am Wohnort) an der 18- bis 20-jährigen Bevölkerung
<i>Relevanz</i>	Die Ausbildungsbeteiligungsquote gibt Aufschluss darüber inwieweit Wiesbadener Jugendliche in den Arbeitsmarkt der sozialversicherungspflichtigen Ausbildung integriert sind. Eine Ausbildung im dualen System ist ein guter Start für eine gelungene Partizipation am Arbeitsmarkt.
<i>Datenquelle</i>	Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik, jeweils 30. September).
<i>Migrationshintergrund</i>	Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich
<i>Methodische Hinweise</i>	Bei der Interpretation der Daten muss berücksichtigt werden, dass sich Jugendliche dieser Altersgruppe auch für eine schulische Berufsausbildung, ein Studium, die Bundeswehr oder ein freiwilliges soziales Jahr entscheiden können; die Ausbildungsbeteiligungsquote kann daher nie 100 % erreichen.

Tab. 12:
Ausbildungsbeteiligungsquote 2009 bis 2016 (in %)

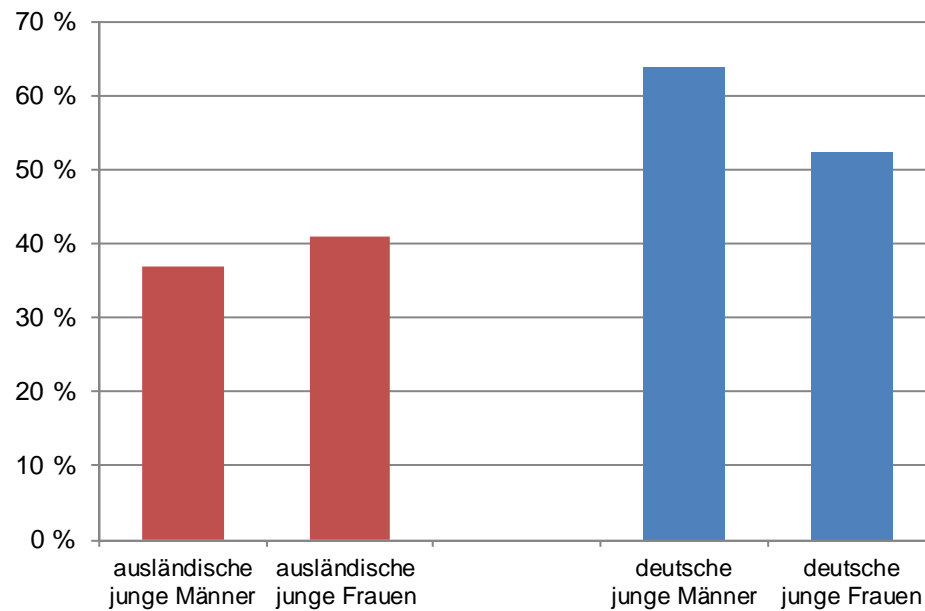
Jahr	Ausländer			Deutsche		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
2009	48,8	47,3	50,5	64,7	68,8	60,7
2010	49,3	52,2	46,7	63,0	69,7	56,8
2011	46,2	50,3	42,2	64,6	67,8	61,5
2012	50,4	51,1	49,8	65,3	68,8	61,7
2013	49,0	51,5	46,2	65,7	69,9	61,5
2014	46,6	49,4	43,4	62,8	70,0	55,7
2015	42,3	44,3	39,8	60,9	68,8	53,3
2016	38,5	36,8	41,0	57,9	64,0	52,3

Jeweils 30. September

Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)



Bild 12:
Ausbildungsbeteiligungsquote 2016 (in %)



30. September

Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)



39 % aller ausländischen Jugendlichen zwischen 18 und 20 Jahren absolvieren eine Ausbildung im dualen System, bei den deutschen Jugendlichen sind es hingegen 58 %. Die Chancen auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz sind demnach für ausländische Jugendliche schlechter als für Jugendliche deutscher Herkunft. Bei beiden Gruppen ist im Verlauf der letzten Jahre die Ausbildungsbeteiligungsquote gesunken. Ausländische Frauen absolvieren eher eine duale Ausbildung als Männer, bei den deutschen Jugendlichen ist es umgekehrt.

4.3 Integration in den Arbeitsmarkt

A.3.1 Beschäftigtenquote

<i>Definition</i>	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort an der 18- bis 64-jährigen Bevölkerung
<i>Relevanz</i>	Die Beschäftigtenquote gibt Auskunft darüber, inwieweit die Wiesbadener Ausländerinnen und Ausländer in den Arbeitsmarkt der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung integriert sind. Eine gelingende Partizipation am Arbeitsmarkt bildet eine Voraussetzung für die Erzielung eines eigenen Einkommens, das wiederum eine selbstbestimmte Lebensführung und gesellschaftliche Teilhabe erleichtert. Nicht zuletzt ermöglicht der Arbeitsplatz Kontakte zwischen Deutschen und Zugewanderten, die einen wichtigen Stellenwert für die Integration haben.
<i>Datenquelle</i>	Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik, jeweils 30. September).
<i>Migrationshintergrund</i>	Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich
<i>Methodische Hinweise</i>	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind nur eine Teilgruppe der Erwerbstätigen. Erfasst werden alle Angestellten, die der Sozialversicherungspflicht unterliegen; Selbständige, Beamte und mithelfende Familienangehörige sind nicht enthalten.

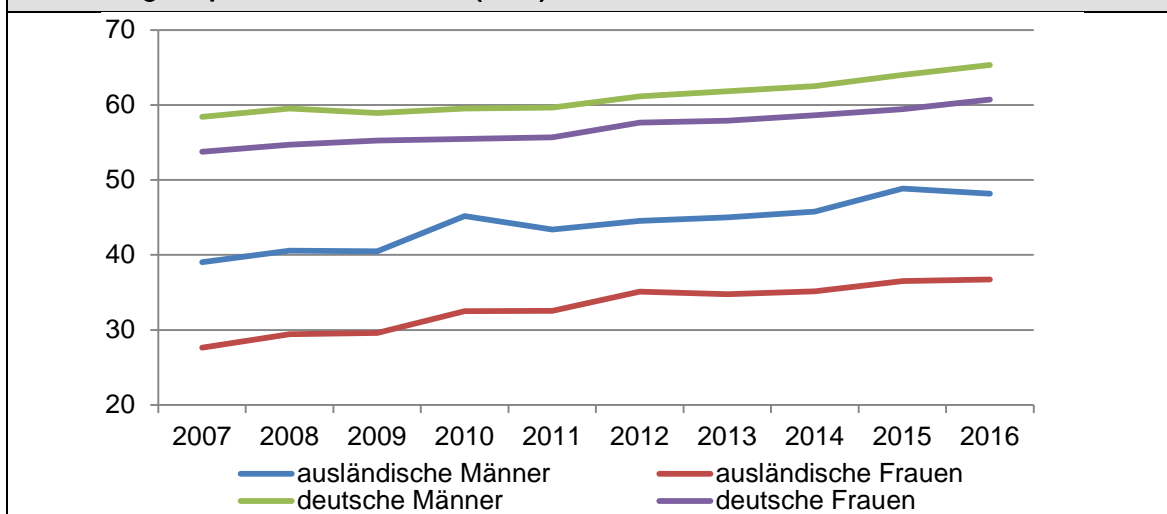
Tab. 13:
Beschäftigtenquote 2007 bis 2016 (in %)

Jahr	Ausländer			Deutsche		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
2007	33,4	39,0	27,7	56,0	58,4	53,8
2008	35,0	40,6	29,4	57,1	59,5	54,7
2009	35,1	40,5	29,6	57,0	58,9	55,3
2010	38,8	45,2	32,5	57,4	59,5	55,5
2011	38,0	43,4	32,5	57,6	59,6	55,7
2012	39,9	44,5	35,1	59,4	61,2	57,7
2013	40,0	45,0	34,8	59,8	61,8	57,9
2014	40,6	45,8	35,1	60,5	62,5	58,6
2015	42,8	48,8	36,5	61,7	64,0	59,4
2016	42,7	48,2	36,7	63,0	65,3	60,7

Jeweils 30. September
Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)



Bild 13:
Beschäftigtenquote 2007 bis 2016 (in %)



Jeweils 30. September
Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)



*Steigende Beschäftigtenquoten
der Ausländerinnen
und Ausländer*

43 % der 18- bis 64-jährigen Ausländer und 63 % der erwerbsfähigen Deutschen gehen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Die Beschäftigtenquote der Ausländer ist auch in den vergangenen zwei Jahren leicht gestiegen. Besonders gering ist nach wie vor die Erwerbsbeteiligung ausländischer Frauen, die allerdings seit einigen Jahren - mit Ausnahme des Jahres 2013 - steigt.

A.3.2 Berufliche Qualifikation der Beschäftigten

<i>Definition</i>	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort nach formaler beruflicher Ausbildung an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, für die Angaben zur Qualifikation vorliegen.
<i>Relevanz</i>	Die formale berufliche Qualifikation ist eine wesentliche Voraussetzung, um Positionen mit angemessenem Einkommen und Arbeitsplatzsicherheit zu erreichen. Gerade in Deutschland sind für fast alle Berufe spezifische Ausbildungsgänge und -inhalte vorgeschrieben. Folglich ist es als Integrationshemmnis zu interpretieren, wenn Ausländer/-innen keine Berufsausbildung haben oder ihre im Ausland erworbene Ausbildung nicht anerkannt wird. Demgegenüber steigen die Chancen zur Integration, wenn aufgrund einer guten beruflichen Qualifikation entsprechende Positionen auf dem Arbeitsmarkt erreicht werden können.
<i>Datenquelle</i>	Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik, jeweils 30. September. Für das Jahr 2011 30. Juni, für das Jahr 2012 31. Dezember).
<i>Migrationshintergrund</i>	Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich
<i>Methodische Hinweise</i>	Aufgrund einer Umstellung im Meldeverfahren zur Sozialversicherung liegen zwischen dem 30.06.2011 und dem 31.12.2012 keine Informationen zum höchsten beruflichen Ausbildungsabschluss vor. Beim Vergleich von Daten ab dem Stichtag 31.12.2012 mit denen vorangegangener Stichtage ist zu beachten, dass Arbeitgeber im Zuge der Umstellung die Angaben zum Berufsabschluss ihrer Beschäftigten häufig korrigiert haben, so dass sich allein aufgrund dessen die Struktur der Abschlüsse verändert hat - auf Bundesebene leicht zugunsten abgeschlossener Berufsausbildungen und akademischer Abschlüsse. Einschränkend muss zudem angemerkt werden, dass insbesondere bei ausländischen Beschäftigten der Anteil, bei denen keine Angabe zur beruflichen Qualifikation vorliegt, bei knapp 30 % liegt.

Tab. 14: Berufliche Qualifikation der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2007 bis 2016							
Art der beruflichen Ausbildung	Jahr	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte					
		Ausländer			Deutsche		
		insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
		%			%		
ohne Berufs- ausbildung	2007	41,8	41,4	42,5	16,5	16,2	16,9
	2008	41,3	40,5	42,5	16,7	16,6	16,8
	2009	40,2	39,5	41,3	16,5	16,5	16,6
	2010	39,2	38,5	40,1	16,2	16,4	16,0
	2011	37,8	37,5	38,2	15,3	15,4	15,1
	2012	37,1	38,8	35,0	13,8	14,5	13,0
	2013	37,4	39,8	34,4	13,8	14,7	12,9
	2014	36,9	39,8	33,2	13,6	14,7	12,5
	2015	36,2	39,5	31,9	13,7	14,8	12,5
	2016	36,6	39,5	32,8	13,5	14,7	12,4
mit Berufs- ausbildung	2007	47,6	48,6	46,0	62,1	59,3	64,9
	2008	47,4	48,7	45,4	61,2	58,3	64,2
	2009	47,7	49,1	45,7	60,7	57,9	63,5
	2010	48,2	49,6	46,1	60,1	57,4	62,9
	2011	49,1	50,4	47,4	60,2	57,5	63,0
	2012	46,0	45,8	46,3	61,3	58,1	64,5
	2013	45,7	45,1	46,5	61,0	58,0	64,0
	2014	46,0	45,1	47,1	60,5	57,5	63,5
	2015	46,2	45,4	47,3	59,9	57,2	62,6
	2016	45,8	45,5	46,1	59,0	56,6	61,4
mit akademischer Berufsausbildung	2007	10,6	10,0	11,5	21,4	24,6	18,2
	2008	11,3	10,8	12,0	22,1	25,0	19,1
	2009	12,1	11,4	13,1	22,8	25,6	20,0
	2010	12,6	11,8	13,7	23,6	26,2	21,0
	2011	13,1	12,1	14,4	24,5	27,1	21,9
	2012	16,8	15,4	18,7	24,9	27,4	22,4
	2013	16,8	15,1	19,0	25,2	27,2	23,2
	2014	17,1	15,1	19,6	26,0	27,9	24,0
	2015	17,5	15,1	20,7	26,5	28,1	24,8
	2016	17,6	15,0	21,1	27,5	28,7	26,2

Jeweils 30. September (2011: 30.06., 2012: 31.12.).
 Bezogen auf diejenigen Beschäftigten mit Angaben zur beruflichen Qualifikation.
 Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)


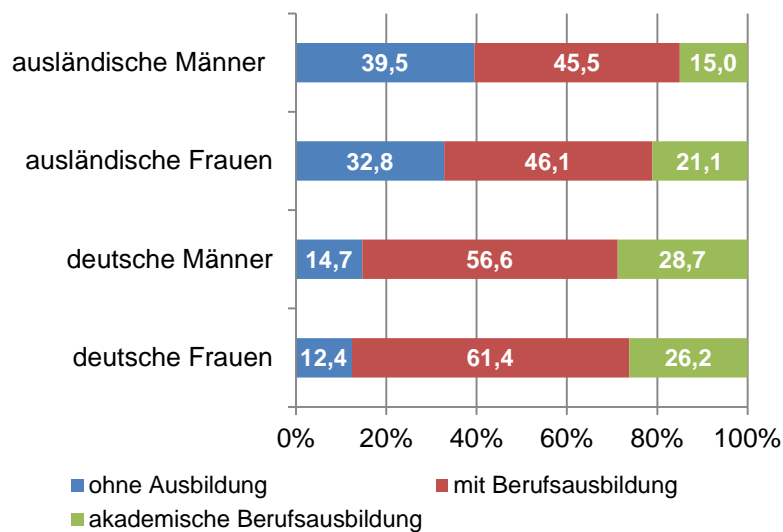


Bild 14:
Berufliche Qualifikation der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2016



30. September

Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)



*Qualifikationsniveau
 der ausländischen Beschäftigten
 steigt*

Nach wie vor unterscheidet sich die bekannte formale berufliche Bildung der deutschen und ausländischen Beschäftigten erheblich voneinander. Fast 40 % der ausländischen Männer und 33 % der ausländischen Frauen haben keine anerkannte Berufsausbildung - bei den deutschen Beschäftigten ist das lediglich bei jeder bzw. jedem Achten der Fall. Positiv ist zu vermerken, dass der Anteil der formal nicht Qualifizierten seit Jahren kontinuierlich sinkt - mit Ausnahme eines leichten Anstiegs im Jahr 2016. Zugleich steigt die Akademikerquote bei den ausländischen Beschäftigten von 11 % im Jahr 2007 auf 18 % im Jahr 2016.

A.3.3 Geringfügige Beschäftigung

<i>Definition</i>	Anteil geringfügig Beschäftigter am Wohnort an der Beschäftigung (sozialversicherungspflichtige + geringfügige) insgesamt
<i>Relevanz</i>	Eine ausschließlich geringfügige Beschäftigung kann als prekäres Arbeitsverhältnis angesehen werden mit negativen Auswirkungen im Hinblick auf Einkommenshöhe, Arbeitsplatzsicherheit und mangelnde soziale Absicherung.
<i>Datenquelle</i>	Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik, jeweils 30. September).
<i>Migrationshintergrund</i>	Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich
<i>Methodische Hinweise</i>	Berücksichtigt werden diejenigen Minijobber, die ausschließlich eine geringfügige Beschäftigung ausüben, nicht diejenigen, die zusätzlich zu einer regulären Beschäftigung einen 450-Euro Job haben.

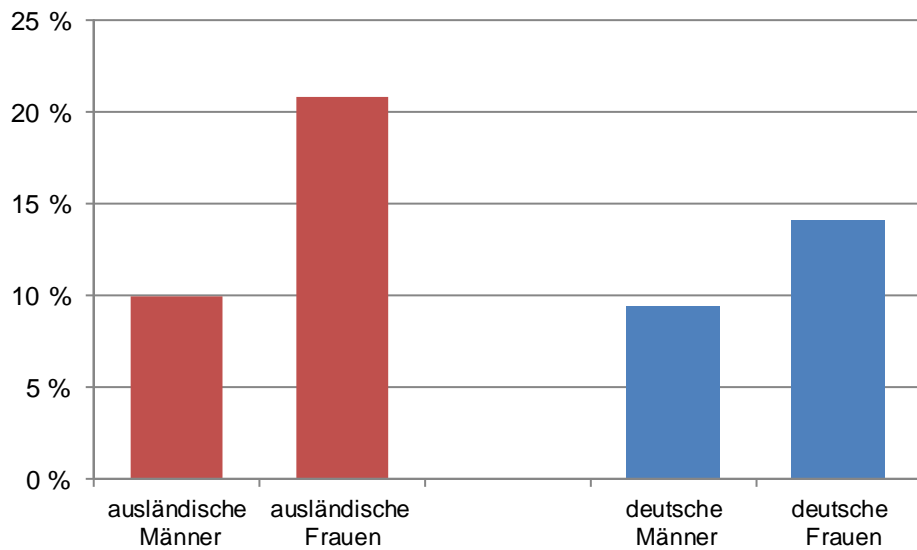
Tab. 15:
Geringfügige Beschäftigung 2007 bis 2016

Jahr	Ausländische Minijobber			Deutsche Minijobber		
	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
	%			%		
2007	16,5	10,2	24,2	13,0	9,2	16,5
2008	16,3	9,8	24,1	12,9	9,3	16,2
2009	17,8	11,3	25,3	13,2	9,9	16,3
2010	17,2	11,0	24,5	13,0	9,7	16,1
2011	17,3	10,7	24,7	13,0	9,9	16,0
2012	16,8	10,6	23,6	12,6	9,8	15,3
2013	16,7	10,6	23,6	12,6	9,8	15,2
2014	16,4	10,8	22,9	12,6	10,0	15,2
2015	15,4	10,3	21,6	12,1	9,6	14,6
2016	14,8	10,0	20,8	11,8	9,4	14,1

Jeweils 30. September
Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)



Bild 15:
Geringfügige Beschäftigung 2016



30. September

Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)



*Minijobquote
bei ausländischen Frauen
am höchsten*

Ausländer nehmen häufiger als Deutsche eine geringfügige Beschäftigung auf: Im Jahr 2016 arbeiten 15 % aller ausländischen und 12 % der deutschen Angestellten ausschließlich in einem Minijob. Erfreulicherweise hat sich dieser Anteil bei den Ausländern seit dem Jahr 2011 etwas verringert. In beiden Bevölkerungsgruppen sind vor allem die Frauen lediglich geringfügig beschäftigt - bei den ausländischen Frauen ist es gut jede Fünfte.

A.3.4 Arbeitslosigkeit

<i>Definition</i>	Anteil der registrierten Arbeitslosen (SGB II und SGB III) an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose)
<i>Relevanz</i>	Eine hohe Arbeitslosigkeit ist ein Anzeichen für misslungene Integration in den Arbeitsmarkt.
<i>Datenquelle</i>	Agentur für Arbeit (Arbeitslosenstatistik), eigene Berechnungen (jeweils September)
<i>Migrationshintergrund</i>	Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich

Tab. 16: Arbeitslosenquoten 2007 bis 2016						
Jahr	Ausländer			Deutsche		
	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
	%			%		
2007	15,3	13,0	18,3	6,9	7,0	6,7
2008	13,5	11,2	16,5	6,0	6,0	6,0
2009	15,2	12,9	18,2	6,9	7,1	6,8
2010	14,8	12,3	17,9	6,8	7,0	6,6
2011	13,3	11,1	16,1	5,9	6,1	5,8
2012	13,7	11,6	16,5	6,1	6,3	5,9
2013	13,9	11,7	16,5	6,1	6,4	5,9
2014	14,6	12,1	17,9	6,1	6,3	5,9
2015	15,7	13,3	19,1	5,8	5,9	5,7
2016	15,4	13,0	18,8	5,7	5,8	5,5

Jeweils September
Quelle: Agentur für Arbeit (Arbeitslosenstatistik, eigene Berechnungen)


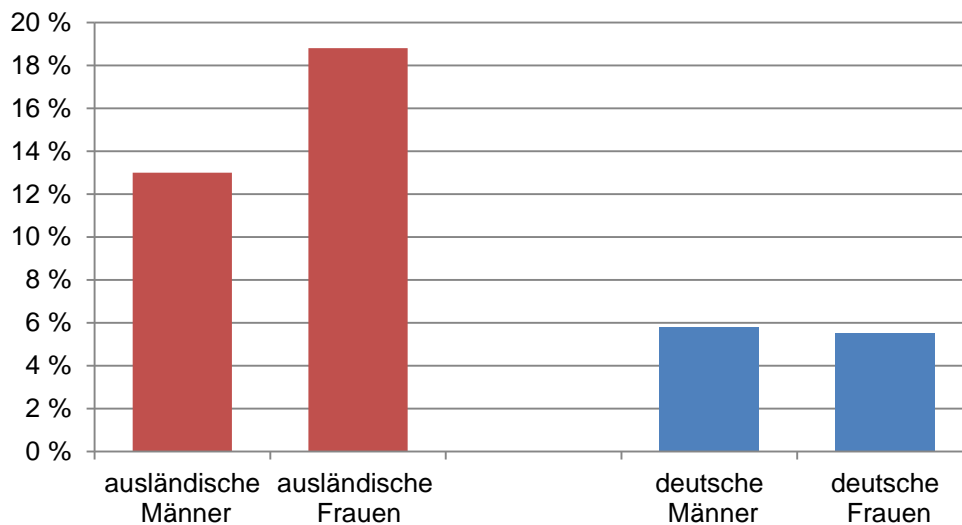


Bild 16:
Arbeitslosenquoten 2016



September

Quelle: Agentur für Arbeit (Arbeitslosenstatistik, eigene Berechnungen)



*Ausländer stärker
von Arbeitslosigkeit betroffen
als Deutsche*

Ausländerinnen und Ausländer sind immer noch mehr als doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen wie Deutsche - zudem ist die Arbeitslosenquote der Ausländer in den vergangenen zwei Jahren (insbesondere im Jahr 2015) gestiegen. Die aktuelle Arbeitslosenquote der Ausländer/-innen liegt bei 15,4 %, die der Deutschen beträgt 5,7 %. Eine wesentliche Ursache liegt sicherlich im unterschiedlichen beruflichen Qualifikationsniveau der deutschen und ausländischen Bevölkerung. Während deutsche Frauen weniger häufig als Arbeitslose registriert sind als deutsche Männer, ist es bei der ausländischen Bevölkerung umgekehrt.

A.3.5 Jugendarbeitslosigkeit

Definition

Anteil der registrierten unter 25-jährigen Arbeitslosen (SGB II und SGB III) an den unter 25-jährigen Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose)

Relevanz

Wenn Ausländerinnen und Ausländer schon in jungen Jahren keinen Einstieg in den Arbeitsmarkt finden, ist das ein besonders prekäres Zeichen nicht gelungener Integration.

Datenquelle

Agentur für Arbeit (Arbeitslosenstatistik), eigene Berechnungen (jeweils September)

Migrationshintergrund

Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich

Tab. 17:
Arbeitslosenquoten der unter 25-Jährigen 2007 bis 2016

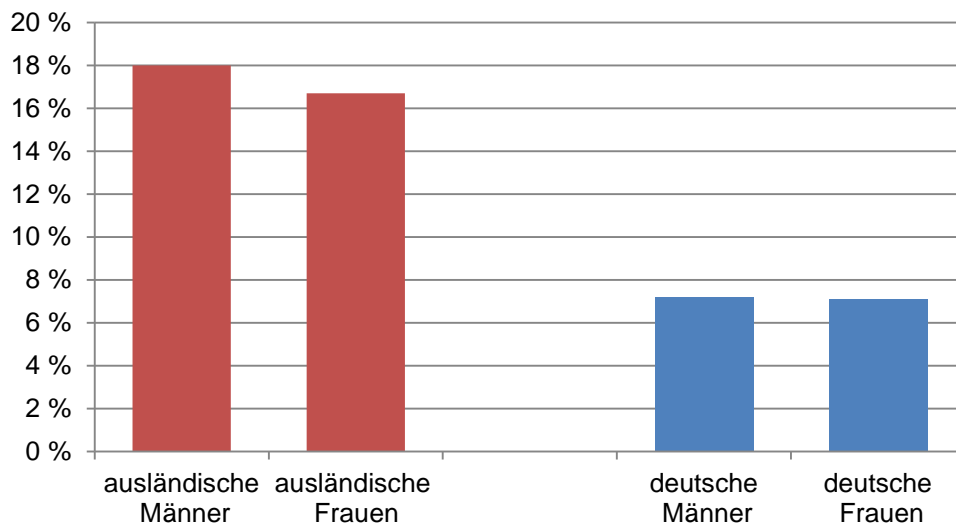
Jahr	Ausländer			Deutsche		
	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
	%			%		
2007	15,9	14,4	17,6	8,5	9,1	7,9
2008	15,1	14,2	16,1	8,4	8,7	8,2
2009	14,1	12,9	15,4	9,2	9,8	8,7
2010	16,2	14,7	17,9	9,1	10,1	8,2
2011	11,9	11,8	12,0	7,6	7,7	7,5
2012	12,6	12,7	12,4	7,5	8,1	6,9
2013	12,8	12,1	13,7	7,6	8,4	6,8
2014	15,8	15,9	15,7	7,4	7,9	7,0
2015	17,6	17,8	17,3	7,4	7,6	7,2
2016	17,4	18,0	16,7	7,1	7,2	7,1

Jeweils September

Quelle: Agentur für Arbeit (Arbeitslosenstatistik, eigene Berechnungen)



Bild 17:
Arbeitslosenquoten der unter 25-Jährigen 2016



September

Quelle: Agentur für Arbeit (Arbeitslosenstatistik, eigene Berechnungen)



*Arbeitslosigkeit
ausländischer junger Männer
am höchsten*

Die Arbeitslosigkeit der unter 25-jährigen Ausländerinnen und Ausländer (17,4 %) liegt über der der jungen Deutschen (7,1 %). Junge ausländische Männer sind dabei aktuell häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als junge Frauen. Ihre Arbeitslosenquote liegt bei 18 % und ist damit der höchste Wert der vergangenen 10 Jahre. Im Vergleich zum Jahr 2014 ist die Arbeitslosenquote junger ausländischer Männer in den vergangenen zwei Jahren besonders deutlich gestiegen.

A.3.6 SGB II-Bezugsquote

Definition

Anteil der erwerbsfähigen Leistungsbezieher nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) an der 15- bis 64-jährigen Bevölkerung

Relevanz

Sozialleistungen nach dem SGB II erhalten Personen, die entweder langzeitarbeitslos sind oder deren Einkommen unter dem Regelsatz liegt („Aufstocker“). Eine hohe SGB II-Quote ist somit ein Indikator für eine mangelnde Integration in den Arbeitsmarkt und wird auch allgemein als Armutsrisiko angesehen.

Datenquelle

Agentur für Arbeit (Statistik zur Grundsicherung für Arbeitssuchende, jeweils September)

Migrationshintergrund

Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich

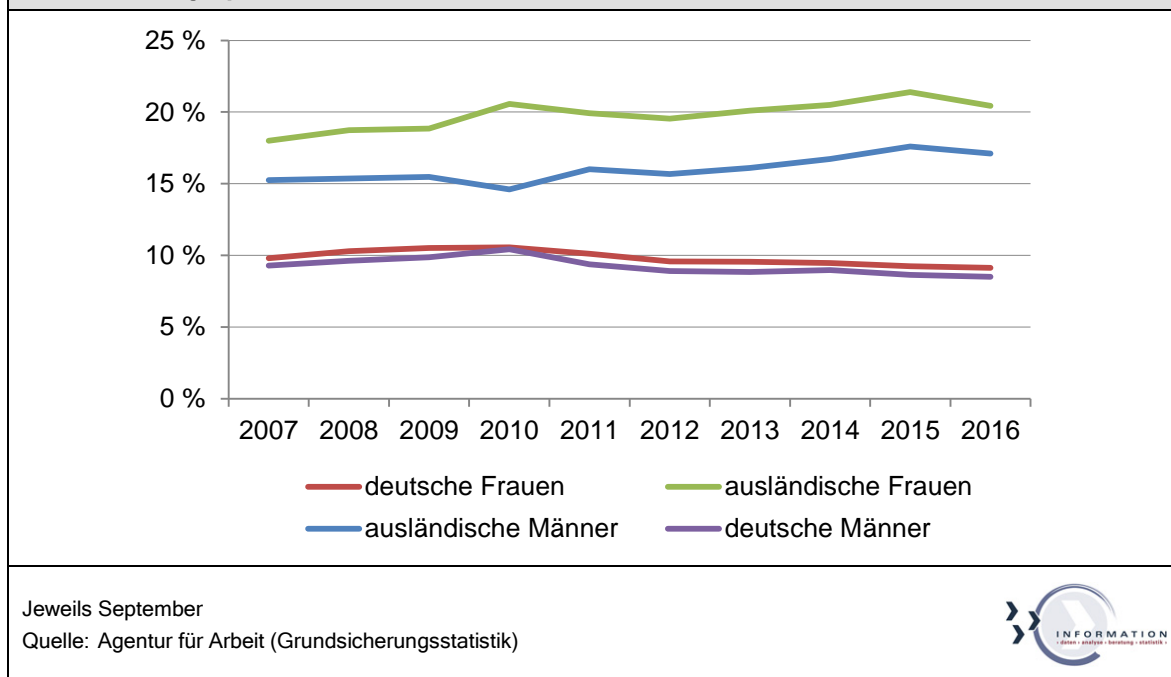
Tab. 18:
SGB II-Bezugsquote 2007 bis 2016

Jahr	Ausländer			Deutsche		
	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
	%			%		
2007	16,6	15,2	18,0	9,6	9,3	9,8
2008	17,0	15,4	18,7	10,0	9,6	10,3
2009	17,2	15,5	18,9	10,2	9,9	10,5
2010	17,4	14,6	20,6	10,5	10,4	10,6
2011	18,0	16,0	19,9	9,8	9,4	10,1
2012	17,6	15,7	19,6	9,2	8,9	9,6
2013	18,1	16,1	20,1	9,2	8,8	9,6
2014	18,6	16,7	20,5	9,2	9,0	9,5
2015	19,4	17,6	21,4	8,9	8,6	9,2
2016	18,7	17,1	20,4	8,8	8,5	9,1

Jeweils September
Quelle: Agentur für Arbeit (Grundsicherungsstatistik)



Bild 18:
SGB II-Bezugsquote 2007 bis 2016



*Ausländische Frauen am
 ehesten auf Sozialleistungen
 angewiesen*

Im Jahr 2016 sind 18,7 % aller ausländischen und 8,8 % aller deutschen Wiesbadener im erwerbsfähigen Alter auf SGB II-Leistungen angewiesen. Dabei klappt die Schere immer weiter auseinander: Seit dem Jahr 2010 ist die SGB II-Quote der Deutschen gesunken oder zumindest konstant geblieben, die der Ausländerinnen und Ausländer tendenziell gestiegen - besonders deutlich im Jahr 2015. Frauen - insbesondere aber die ausländischen Frauen - sind eher auf staatliche Sozialleistungen angewiesen als Männer.

4.4 Integration in den Wohnungsmarkt

A.4.1 Segregationsindex

Definition

Der Segregationsindex⁷ berechnet sich aus der Summe der absoluten Differenzen zwischen den Anteilen verschiedener Bevölkerungsgruppen in den städtischen Teilgebieten. Im Rahmen des Integrationsmonitorings wird das Ausmaß der *ethnischen* Segregation quantifiziert.

$$\frac{1}{2} \sum_{i=1}^n \left| \frac{a(i)}{A} - \frac{b(i)}{B} \right| \cdot 100$$

mit

$a(i)$ = Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Planungsraum i

A = Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Wiesbaden

$b(i)$ = Bevölkerung ohne Migrationshintergrund im Planungsraum i

B = Bevölkerung ohne Migrationshintergrund in Wiesbaden

n = Zahl der Planungsräume in Wiesbaden (= 143)

Relevanz

Der Indikator, dessen Wert zwischen 0 und 100 liegt, misst die räumliche Konzentration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf bestimmte Wohngebiete. Je höher der Segregationsindex ist, desto stärker konzentriert sich die Bevölkerung mit Migrationshintergrund innerhalb der Stadt. Würden beispielsweise in allen Stadtteilen (Planungsräumen) entweder nur Migranten oder nur Nicht-Migranten leben, so läge der Segregationsindex bei 100. Falls umgekehrt der Migrantenanteil in allen Stadtteilen gleich groß wäre, würde der Index den Wert 0 annehmen.

Es ist davon auszugehen, dass weniger segregierte Stadtteile oder Nachbarschaften bessere Bedingungen

⁷ DUNCAN, O.D./DUNCAN, B.: Residential Distribution and Occupational Stratification. In: American Journal of Sociology 60 (1955), S. 493 - 503.

für Kontakt und Begegnung bereitstellen als stärker segregierte Stadtteile. Letztlich gibt der Segregationsindex Hinweise auf Kontaktchancen, lässt aber keine Rückschlüsse auf die Existenz von freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Bevölkerungsgruppen zu.

Datenquelle

Bestandsdatensatz Einwohnerwesen
(jeweils 31. Dezember)

Migrationshintergrund

Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, ausländischer Geburtsort, Einbürgerung oder familiärer Migrationshintergrund.

Methodische Hinweise

Der Indexwert kann interpretiert werden als das Ausmaß in Prozent, in dem die Mitglieder einer der betrachteten Teilgruppen umziehen müssten, um eine Gleichverteilung über alle städtischen Teilgebiete (hier: Planungsräume) zu erreichen.

Tab. 19:
**Segregationsindex der Bevölkerung
mit Migrationshintergrund 2006 bis 2016**

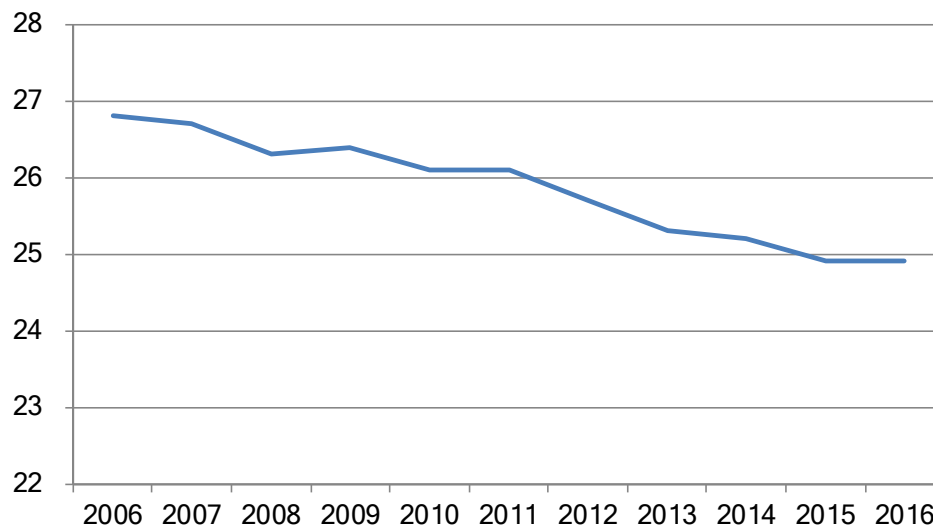
Jahr	Segregationsindex
2006	26,8
2007	26,7
2008	26,3
2009	26,4
2010	26,1
2011	26,1
2012	25,7
2013	25,3
2014	25,2
2015	24,9
2016	24,9

Jeweils 31. Dezember

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen,
eigene Berechnungen



Bild 19:
Segregationsindex der Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2006 bis 2016



Jeweils 31. Dezember

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen, eigene Berechnungen



Tendenz: leicht sinkend

Im Beobachtungszeitraum ist eine leicht rückläufige Tendenz auszumachen. Das heißt: Die räumliche Konzentration der Migranten auf einzelne Stadtteile hat geringfügig abgenommen. Aber noch immer müsste - rein rechnerisch - entweder ein Viertel der Migrantenbevölkerung oder ein Viertel der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund in einen anderen Planungsraum umziehen, um eine Gleichverteilung innerhalb der Stadt herzustellen.


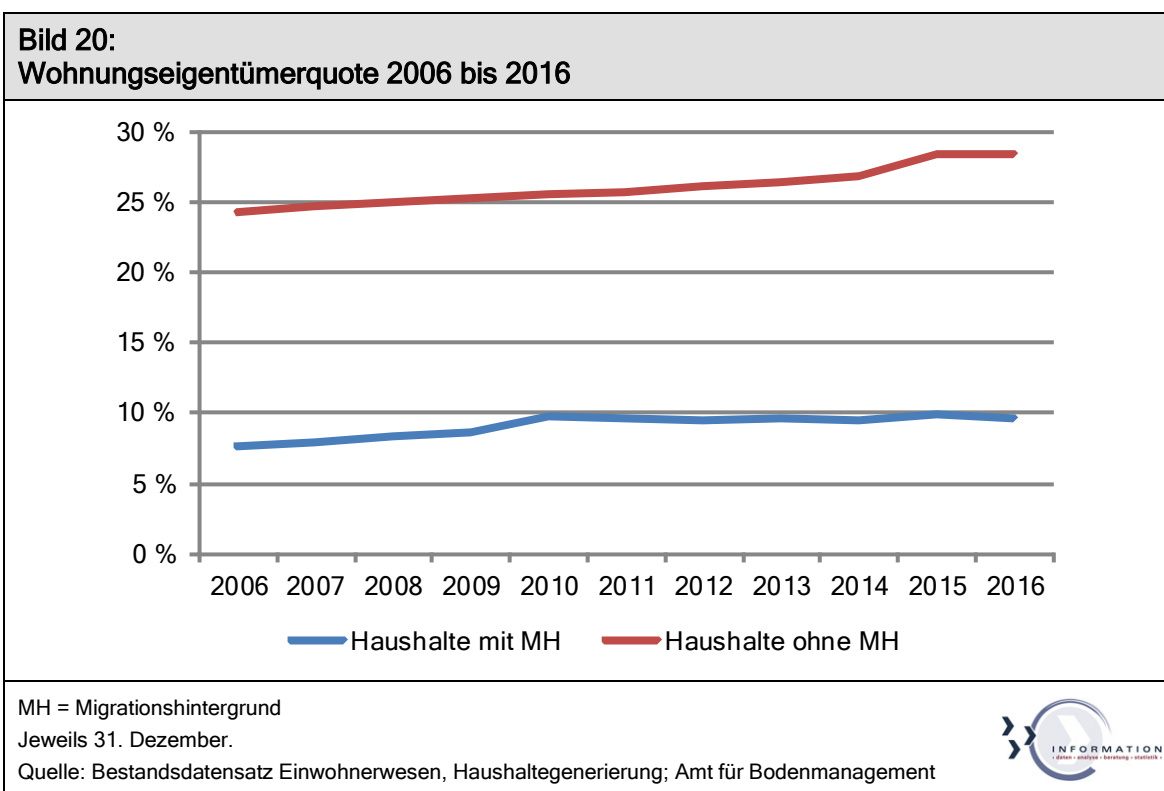
A.4.2 Wohnungseigentümerquote

<i>Definition</i>	Anteil der Haushalte in selbstgenutztem Wohneigentum an allen Haushalten
<i>Relevanz</i>	Die Eigentümerquote misst die Integration in den Wohnungs- und Immobilienmarkt. Sie gibt einerseits Aufschluss über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, andererseits ist sie ein Indikator für eine dauerhafte Aufenthaltsorientierung.
<i>Datenquelle</i>	Bestandsdatensatz Einwohnerwesen, Haushaltegenerierung; Amt für Bodenmanagement (jeweils 31. Dezember)
<i>Migrationshintergrund</i>	Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, ausländischer Geburtsort, Einbürgerung oder familiärer Migrationshintergrund
<i>Methodische Hinweise</i>	<p>Betrachtet werden Haushalte, in denen ausschließlich Personen mit bzw. ohne Migrationshintergrund leben. „Gemischte“ Haushalte werden nicht berücksichtigt.</p> <p>2015 wurde das Verfahren zur Ermittlung der Eigentümerquote optimiert; dies bedingt den Anstieg der Quote zwischen 2014 und 2015.</p>
<i>Nur wenige Migranten leben in den eigenen vier Wänden</i>	Im Beobachtungszeitraum lässt sich insgesamt ein leichter Anstieg der Eigentümerquoten feststellen; bei Migranten stagniert die Quote allerdings seit 2010. Aktuell erreicht der Anteil der Haushalte, die über selbstgenutztes Wohneigentum verfügen, bei Migranten 9,7 % und liegt damit deutlich unter dem der Einheimischen (28,4 %).

**Tab. 20:
Wohnungseigentümerquote 2006 bis 2016**

Jahr	Eigentümerquote von Haushalten	
	mit Migrationshintergrund	ohne Migrationshintergrund
	%	%
2006	7,6	24,3
2007	8,0	24,8
2008	8,4	25,1
2009	8,6	25,3
2010	9,7	25,7
2011	9,6	25,8
2012	9,6	26,2
2013	9,6	26,5
2014	9,5	26,9
2015	9,9	28,4
2016	9,7	28,4

Jeweils 31. Dezember.
Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen, Haushaltgenerierung; Amt für Bodenmanagement

5 Indikatoren zur kulturellen Integration

B.1 Spracherwerb

<i>Definition</i>	Anteil der Kinder, die fehlerfrei oder mit leichten Fehlern Deutsch sprechen.
<i>Relevanz</i>	Der Entwicklung der sprachlichen Fähigkeiten kommt für die kulturelle Integration eine Schlüsselrolle zu. Von den Sprachkenntnissen hängt der Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt ab. Unzureichende Sprachkenntnisse dagegen schränken die Kontakt- und Informationsmöglichkeiten ein. Umso entscheidender ist eine frühzeitige Beherrschung der deutschen Sprache und - wenn es daran mangelt - eine rechtzeitige und wirksame Sprachförderung.
<i>Datenquelle</i>	Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)
<i>Migrationshintergrund</i>	Anlässlich der Schuleingangsuntersuchung wird der Migrationshintergrund über die Herkunft der Eltern erfragt. Ein Migrationshintergrund besteht, wenn beide Elternteile (oder der alleinerziehende Elternteil) einer anderen Ethnie angehört. Bei Kindern aus „gemischten“ Ehen wird ein Migrationshintergrund unterstellt, wenn der nichtdeutsche Elternteil kulturell oder sprachlich stark prägt. Ein Migrationshintergrund wird auch dann angenommen, wenn in der Familie eine andere Sprache als Deutsch gesprochen wird oder das Kind bis zum dritten Lebensjahr eine andere Sprache als Muttersprache erlernt hat.
<i>Methodische Hinweise</i>	Der Befund wird nur bei Kindern mit Migrationshintergrund erhoben. Der Indikator entstammt dem ursprünglich von nordrhein-westfälischen Gesundheitsbehörden entwickelten und eingesetzten „Screening des Entwicklungsstandes bei Einschulungsuntersuchungen“ (S-ENS) sowie dem Nachfolgeverfahren SOPESS („Sozialpädiatrisches Entwicklungsscreening für Schuleingangsuntersuchungen“). Die Deutschkenntnisse werden auf einer fünfstufigen Skala beurteilt.

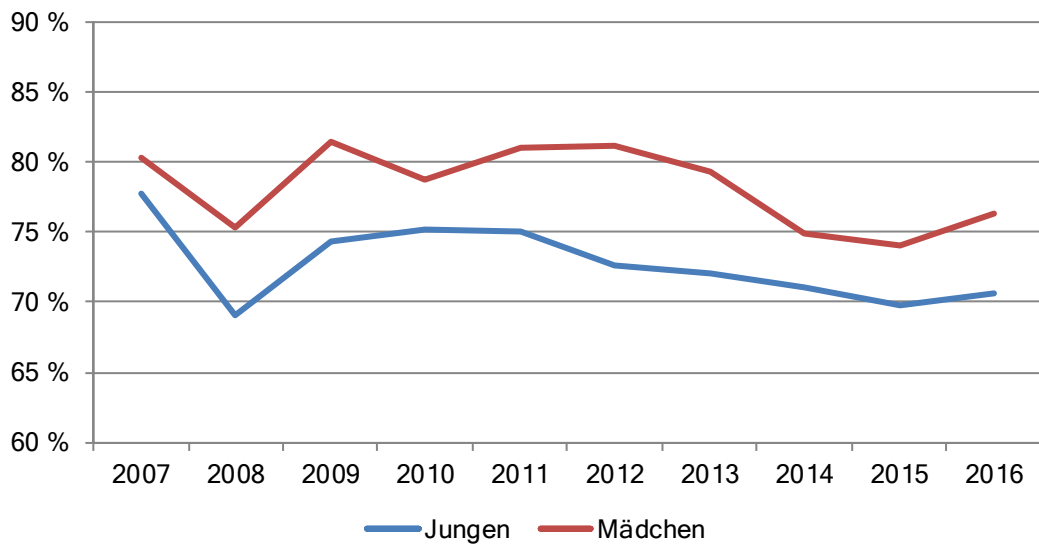
Tab. 21:
Anteil der Kinder, die fehlerfrei oder mit leichten Fehlern Deutsch sprechen 2007 bis 2016

Jahr	Kinder mit Migrationshintergrund		
	zusammen	Jungen	Mädchen
	%		
2007	78,9	77,8	80,3
2008	72,0	69,0	75,3
2009	77,9	74,4	81,5
2010	76,8	75,2	78,7
2011	77,7	75,0	81,0
2012	76,7	72,6	81,2
2013	75,6	72,0	79,4
2014	73,0	71,1	74,9
2015	71,8	69,8	74,0
2016	73,3	70,6	76,4

Quelle: Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)



Bild 21:
Anteil der Kinder, die fehlerfrei oder mit leichten Fehlern Deutsch sprechen 2007 bis 2016



MH = Migrationshintergrund

Quelle: Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)



Drei von vier Schulanfängern ausländischer Herkunft sprechen fehlerfrei oder mit leichten Fehlern Deutsch

Bei der letzten Schuleingangsuntersuchung wurde festgestellt, dass in Wiesbaden 73,3 % der Kinder ausländischer Herkunft Deutsch fehlerfrei oder mit nur leichten Fehlern sprechen. Zwischen 2011 und 2015 hatte sich

der Wert verschlechtert, was überwiegend auf den verstärkten Neu-Zuzug von Migrantenfamilien zurückzuführen ist. 2016 haben sich die Sprachfähigkeiten der Kinder wieder leicht verbessert. Mädchen fällt der Erwerb der deutschen Sprache leichter als Jungen.

B.2 Gesundheit / Übergewicht

Definition

Anteil der Kinder mit Übergewicht an allen einzuschulenden Kindern

Relevanz

Der Gesundheitszustand ist eine wesentliche Dimension der Lebenslage und hat Einfluss auf zahlreiche andere Bereiche. Die Prävalenz von Übergewicht indiziert ein erhöhtes Gesundheitsrisiko, denn übergewichtige Kinder leiden vermehrt an orthopädischen Beschwerden und weisen motorische Defizite auf.

Ein Zusammenhang zwischen Übergewicht und Migrationshintergrund ist aufschlussreich für die Ausrichtung von Präventionsmaßnahmen. Unterschiede können - neben dem Sozialstatus - auf das kulturell geprägte Ess- und Freizeitverhalten zurückgeführt werden.

Datenquelle

Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)


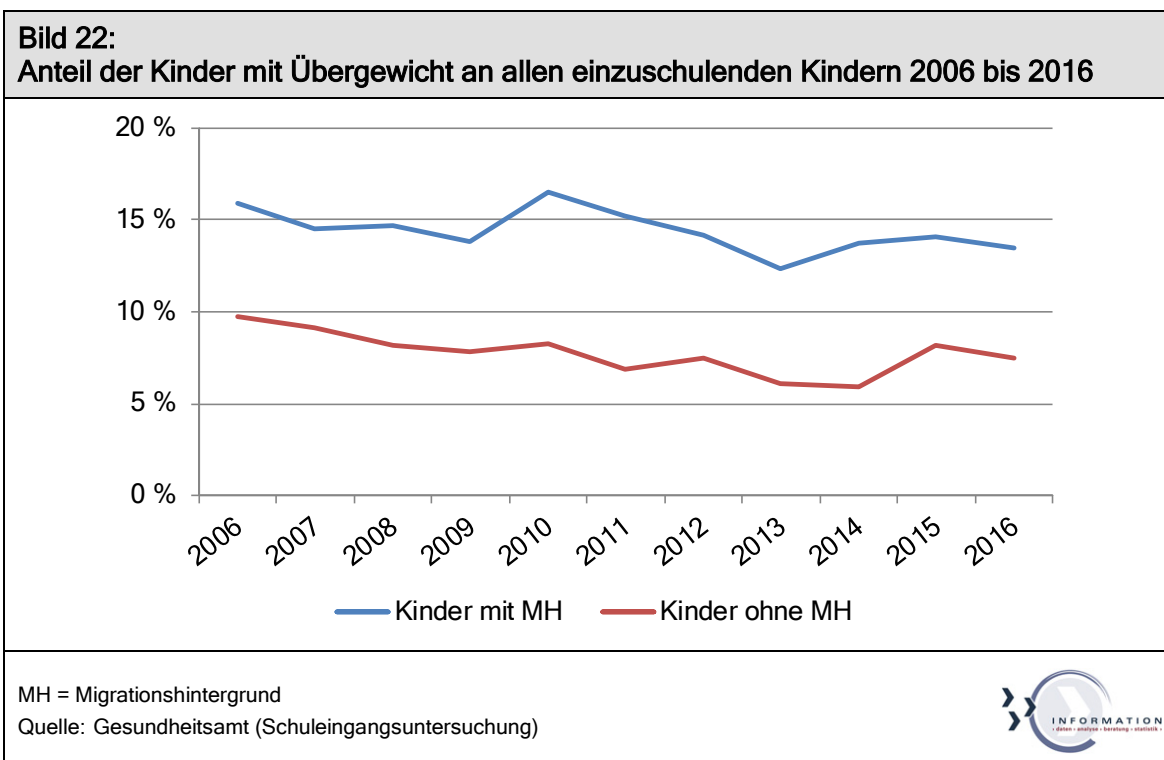
Migrationshintergrund

Anlässlich der Schuleingangsuntersuchung wird der Migrationshintergrund über die Herkunft der Eltern erfragt. Ein Migrationshintergrund besteht, wenn beide Elternteile (oder der alleinerziehende Elternteil) einer anderen Ethnie angehört. Bei Kindern aus „gemischten“ Ehen wird ein Migrationshintergrund unterstellt, wenn der nichtdeutsche Elternteil kulturell oder sprachlich stark prägt. Ein Migrationshintergrund wird auch dann angenommen, wenn in der Familie eine andere Sprache als Deutsch gesprochen wird oder das Kind bis zum dritten Lebensjahr eine andere Sprache als Muttersprache erlernt hat.

Tab. 22:
Anteil der Kinder mit Übergewicht an allen einzuschulenden Kindern 2006 bis 2016

Jahr	Kinder mit Migrationshintergrund			Kinder ohne Migrationshintergrund		
	zusammen	Jungen	Mädchen	zusammen	Jungen	Mädchen
	%			%		
2006	15,9	16,9	14,7	9,7	10,8	8,5
2007	14,5	14,1	14,9	9,1	8,5	9,8
2008	14,7	14,5	14,9	8,2	7,2	9,2
2009	13,8	12,4	15,1	7,8	7,7	8,0
2010	16,5	18,0	14,8	8,3	8,1	8,5
2011	15,2	17,0	13,1	6,9	6,1	7,8
2012	14,2	15,4	12,9	7,5	7,3	7,7
2013	12,3	11,7	13,0	6,1	4,8	7,7
2014	13,7	15,1	12,2	5,9	6,1	5,8
2015	14,1	13,6	14,7	8,2	8,2	8,2
2016	13,5	13,2	13,9	7,5	7,4	7,5

Quelle: Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)

<i>Methodische Hinweise</i>	Grundlage für die Diagnose von Übergewicht bei Kindern sind die alters- und geschlechtsspezifischen Referenzwerte für den Body-Mass-Index. ⁸
<i>Kinder ausländischer Herkunft häufiger zu dick</i>	Nach wie vor wird der Befund „Übergewicht“ bei Kindern ausländischer Herkunft etwa doppelt so häufig erhoben wie bei Kindern ohne Migrationshintergrund.

6 Indikatoren zur sozialen Integration

C.1.1 Langer Aufenthalt in Deutschland

<i>Definition</i>	Anteil der Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von 20 und mehr Jahren in Deutschland an allen Ausländern
<i>Relevanz</i>	Mit zunehmender Aufenthaltsdauer geht in der Regel eine zunehmende Vertrautheit mit den Lebensbedingungen in Deutschland und damit eine große Chance zur sozialen Integration einher.
<i>Datenquelle</i>	Ausländerbehörde (LaDiVA, jeweils 31. Dezember)
<i>Migrationshintergrund</i>	Die Daten beziehen sich auf Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit

8 Kromeyer-Hauschild, K. und andere (2001): Perzentile für den Bodymass-Index für das Kindes- und Jugendalter unter Heranziehung verschiedener deutscher Stichproben. Monatsschrift Kinderheilkunde, S. 807 - 818.

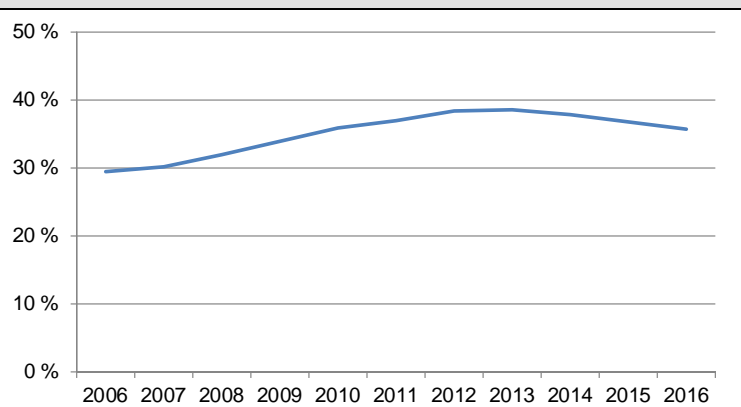
Tab. 23:
Langer Aufenthalt (20 Jahre und länger)
in Deutschland 2006 bis 2016

Jahr	Anteil langer Aufenthalt in Deutschland (%)		
	insgesamt	Männer	Frauen
2006	29,5	30,9	28,1
2007	30,2	31,4	29,0
2008	31,9	33,0	30,8
2009	33,8	34,9	32,6
2010	35,9	37,3	34,5
2011	36,9	38,1	35,7
2012	38,3	39,4	37,2
2013	38,6	39,5	37,8
2014	37,9	38,2	37,6
2015	36,8	36,7	37,0
2016	35,6	35,0	36,2

Jeweils 31. Dezember
Quelle: Ausländerbehörde (LaDiVA)



Bild 23:
Langer Aufenthalt (20 Jahre und länger)
in Deutschland 2006 bis 2016



Jeweils 31. Dezember
Quelle: Ausländerbehörde (LaDiVA)



*Anteil der Ausländer
mit langer Aufenthaltsdauer
hat den Höhepunkt überschritten*

Rund 36 % aller in Wiesbaden lebenden Ausländerinnen und Ausländer sind bereits seit 20 oder mehr Jahren in Deutschland. Bis zum Jahr 2013 war dieser Anteil kontinuierlich angestiegen, seitdem ging er - korrespondierend mit höheren Zuwanderungszahlen - leicht zurück. Gleichzeitig haben Frauen jetzt eine etwas längere Aufenthaltsdauer als Männer, was auf den hohen Männeranteil unter den Zuwanderungen der letzten Jahre zurückzuführen sein dürfte.

C.1.2 In Deutschland Geborene

Definition

Anteil der in Deutschland geborenen Bevölkerung mit Migrationshintergrund an allen Migranten

Relevanz

Es ist unstrittig, dass die Integrationschancen mit dem Erwerb der deutschen Sprache und einer erfolgreichen Teilnahme am deutschen Schul- und Ausbildungssystem steigen. Migrantinnen und Migranten, die in Deutschland geboren sind, haben/hatten die Möglichkeit ihre komplette schulische und berufliche Ausbildung in Deutschland zu absolvieren.

Datenquelle


Bestandsdatensatz Einwohnerwesen (jeweils 31. Dezember)

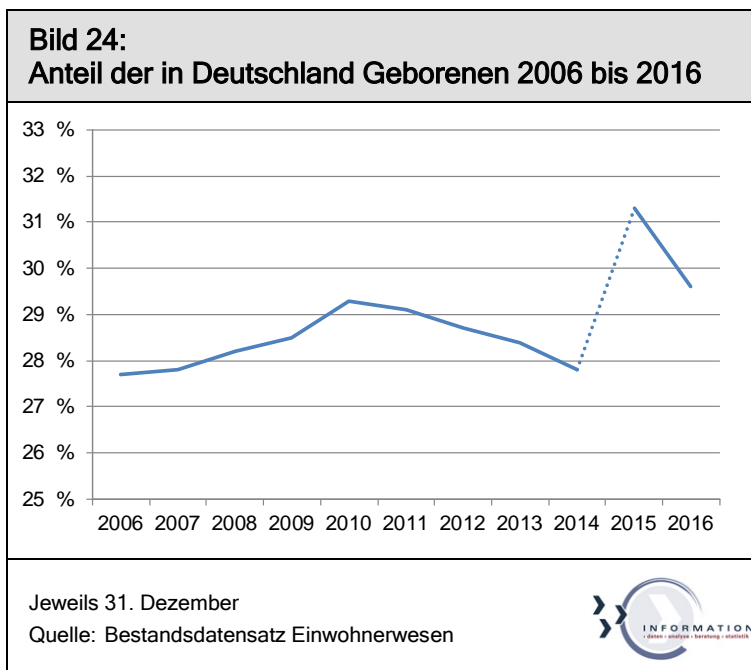
Migrationshintergrund

Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, Einbürgerung oder familiärer Migrationshintergrund

Tab. 24: Anteil der in Deutschland Geborenen 2006 bis 2016			
Jahr	Anteil der in Deutschland Geborenen (%)		
	insgesamt	Männer	Frauen
2006	27,7	28,5	27,0
2007	27,8	28,6	26,9
2008	28,2	29,0	27,3
2009	28,5	29,5	27,5
2010	29,3	30,4	28,2
2011	29,1	30,1	28,1
2012	28,7	29,6	27,7
2013	28,4	29,3	27,5
2014	27,8	28,6	27,0
2015	31,3	32,5	30,0
2016	29,6	30,2	29,0

Jeweils 31. Dezember
Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen





*Leichter Rückgang
des Anteils in Deutschland
Geborener*

Knapp 30 % der Wiesbadener mit Migrationshintergrund sind in Deutschland zur Welt gekommen. Von 2003 bis 2010 hat sich dieser Anteil stetig erhöht, seit 2010 sinkt er wieder, bedingt durch eine verstärkte Zuwanderung aus dem Ausland. Der „Sprung nach oben“ zwischen 2014 und 2015 ist methodisch bedingt.⁹

C.2.1 Einheiratsquote

Definition

Anteil der eheschließenden Migranten, die eine/n Partner/in ohne Migrationshintergrund heiraten.

Relevanz

Die Häufigkeit interethnischer Eheschließungen gilt als Maßstab dafür, inwieweit sich Zuwanderer in die Lebensverhältnisse und die Kultur der Aufnahmegesellschaft eingegliedert haben.

Datenquelle

Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen

Migrationshintergrund

Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, ausländischer Geburtsort oder Einbürgerung

⁹ 2015 wurde die Definition des Migrationshintergrundes bei Minderjährigen erweitert. Gegenüber der bis 2014 angewandten Methodik stieg die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund (und Geburtsort in Deutschland) um rund 4 000.

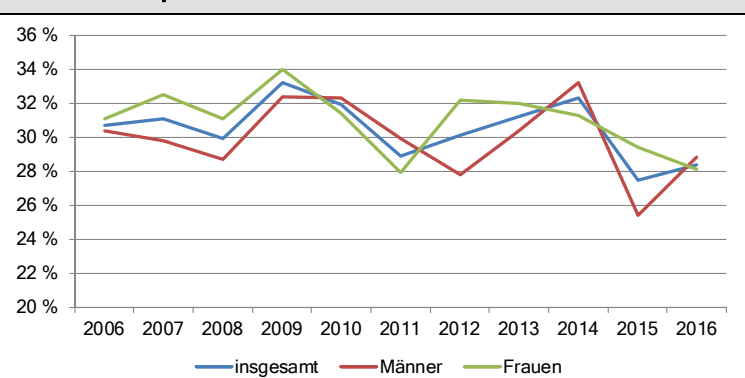
Tab. 25:
Einheiratsquote 2006 bis 2016

Jahr	Einheiratsquote (%)		
	insgesamt	Männer	Frauen
2006	30,7	30,4	31,1
2007	31,1	29,8	32,5
2008	29,9	28,7	31,1
2009	33,2	32,4	34,0
2010	31,9	32,3	31,4
2011	28,9	29,9	27,9
2012	30,1	27,8	32,2
2013	31,2	30,4	32,0
2014	32,3	33,2	31,3
2015	27,5	25,4	29,4
2016	28,4	28,8	28,1

Quelle: Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen



Bild 25:
Einheiratsquote 2006 bis 2016



Quelle: Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen



*Knapp ein Drittel
der Migranten/-innen
heiraten Einheimische*

Die Einheiratsquote lag in den letzten Jahren um 30 %, d. h. rund drei von zehn Personen ausländischer Herkunft, die heirateten, schlossen die Ehe mit einem Partner ohne Migrationshintergrund. In der Mehrzahl der Jahre überstieg die Quote der Frauen ausländischer Herkunft die der Männer - eine klare Tendenz ist aber nicht zu erkennen.

C.2.2 Einreise zur Eheschließung

<i>Definition</i>	Anteil der erst nach Eheschließung eingereisten Partner in Ehen zwischen Personen mit Migrationshintergrund
<i>Relevanz</i>	Verbindungen unter Migranten, bei denen ein Partner bei der Hochzeit (noch) im Ausland lebt, gelten als ein Integrationshemmnis: Wenn Zuwanderer ihre Ehepartner in den Herkunftsgesellschaften suchen, besteht das Risiko, dass sich die aus dem Ausland nachziehenden Ehegatten erst integrieren müssen und dass die aus diesen Ehen hervorgehenden Kinder in einem vom Herkunftsland geprägten Haushalt aufwachsen.
<i>Datenquelle</i>	Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen
<i>Migrationshintergrund</i>	Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, ausländischer Geburtsort oder Einbürgerung
<i>Methodische Hinweise</i>	Die Tatsache, dass ein Ehepartner bis zur Hochzeit noch im Ausland lebt, sagt nichts darüber aus, ob es sich um eine arrangierte Eheanbahnung oder gar um eine Zwangsverheiratung handelt. Derartige Sachverhalte lassen sich anhand der Bevölkerungsstatistik nicht abbilden.

Tab. 26:
Einreise zur Eheschließung 2006 bis 2016

Jahr	Einreisequote (%)		
	insgesamt	Männer	Frauen
2006	46,2	16,5	29,7
2007	41,4	15,8	25,6
2008	34,7	12,1	22,6
2009	40,0	13,2	26,8
2010	43,8	16,0	27,8
2011	38,0	13,8	24,3
2012	40,7	14,8	25,9
2013	34,8	13,2	21,6
2014	32,3	12,8	19,5
2015	34,8	11,6	23,2
2016	34,8	8,6	26,2

Quelle: Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen


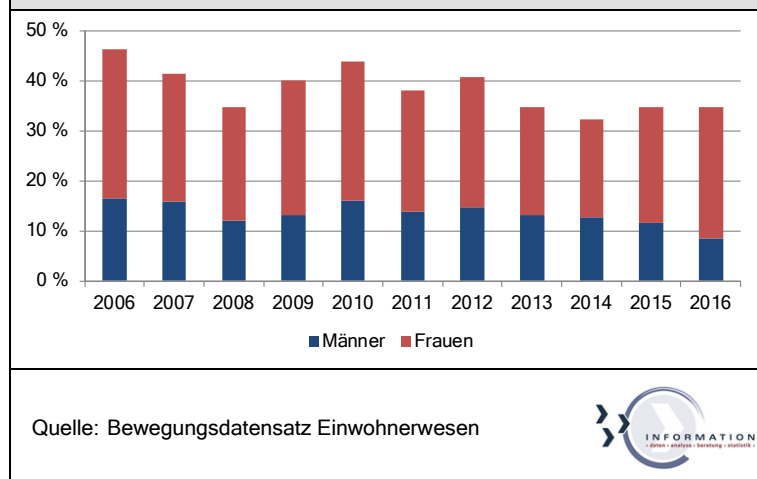


Bild 26:
Einreisequoten zur Eheschließung 2006 bis 2016



*Bei jeder dritten Ehe
Partnersuche im Herkunftsland*

Im vergangenen Jahr hatte bei 34,8 % der Eheschließungen zwischen Migranten einer der beiden Partner den Wohnsitz im Ausland. In drei Viertel der Fälle handelte es sich dabei um die Ehefrau.

C.2.3 Haushalte gemischter Herkunft

Definition

Anteil der Haushalte, in denen Personen mit und ohne Migrationshintergrund leben, an allen Haushalten

Relevanz

Der Indikator misst die Häufigkeit des Zusammenlebens von Migranten mit Einheimischen und damit die soziale Integration in die Privatsphären der Aufnahmegesellschaft.

Datenquelle

Bestandsdatensatz Einwohnerwesen, Haushaltegenerierung (jeweils 31. Dezember)

Migrationshintergrund

Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, ausländischer Geburtsort, Einbürgerung oder familiärer Migrationshintergrund

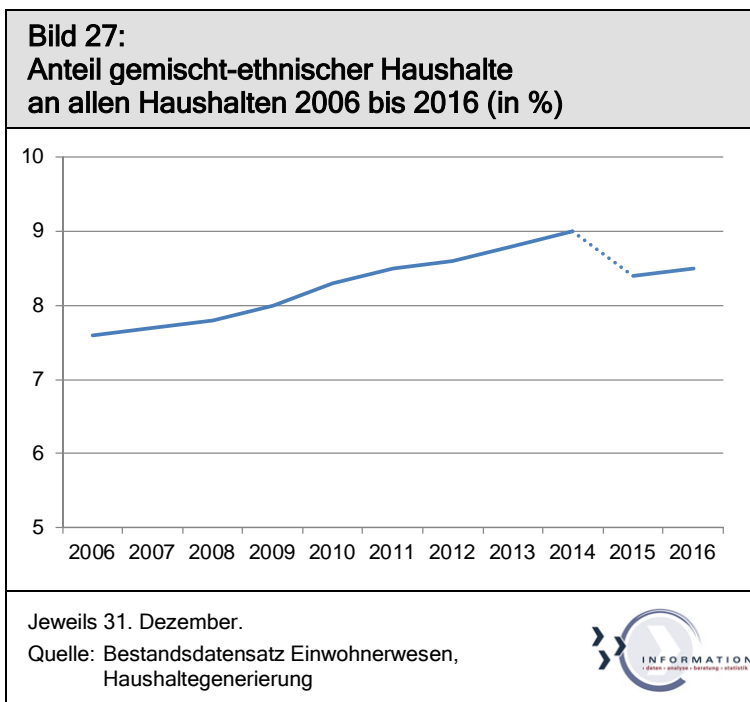
Tab. 27:
Anteil gemischt-ethnischer Haushalte
an allen Haushalten 2006 bis 2016 (in %)

Jahr	Anteil gemischter Haushalte
2006	7,6
2007	7,7
2008	7,8
2009	8,0
2010	8,3
2011	8,5
2012	8,6
2013	8,8
2014	9,0
2015	8,4
2016	8,5

Jeweils 31. Dezember.

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen, Haushaltegenerierung





*Jeder zwölfte Haushalt
gemischt-ethnisch*

Derzeit leben in 8,5 % aller Wiesbadener Haushalte Personen mit und ohne Migrationshintergrund - Tendenz: steigend. Der Rückgang zwischen 2014 und 2015 ist Folge einer methodischen Anpassung bei der Definition des Migrationshintergrundes von Minderjährigen.

7 Indikatoren zur identifikatorischen Integration

D.1 Einbürgerungsquote

Definition

Quotient aus der jährlichen Zahl der Einbürgerungen und der Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit einem Einbürgerungsanspruch; insgesamt und differenziert nach Geschlecht

Relevanz

Die Einbürgerung kann als Meilenstein der individuellen Integration oder sogar als Abschluss gelungener Integration angesehen werden. Erst die Einbürgerung vermittelt alle staatsbürgerlichen Rechte und Partizipationsmöglichkeiten. Eine Einbürgerung kann auch als Ausdruck der Identifikation mit der Bundesrepublik Deutschland gedeutet werden.

Durch den Bezug auf die Einbürgerungsberechtigten zeigt der Indikator, inwieweit das Einbürgerungspotential ausgeschöpft wird.

Datenquelle

Hessisches Statistisches Landesamt (Einbürgerungsstatistik); Ausländerbehörde (LaDiVA)

Migrationshintergrund

Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit

Methodische Hinweise

Bei der Berechnung des Indikators werden nur die sogenannten Anspruchseinbürgerungen nach § 10 Abs. 1 und 3 Staatsangehörigkeitsgesetz gezählt, nicht aber die Ermessenseinbürgerungen.

Bezugsgröße ist die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer, die einen eigenständigen Anspruch auf Einbürgerung haben: Sie sind mindestens 16 Jahre alt, haben seit acht Jahren rechtmäßig ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland und verfügen über einen unbefristeten Aufenthaltstitel oder sind freizügigkeitsberechtigte EU-Bürger. Ob weitere rechtliche Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllt sind (z. B. Sicherung des Lebensunterhalts, Deutschkenntnisse oder Straffreiheit), kann hier nicht berücksichtigt werden.

**Tab. 28:
Einbürgerungsquote 2006 bis 2016**

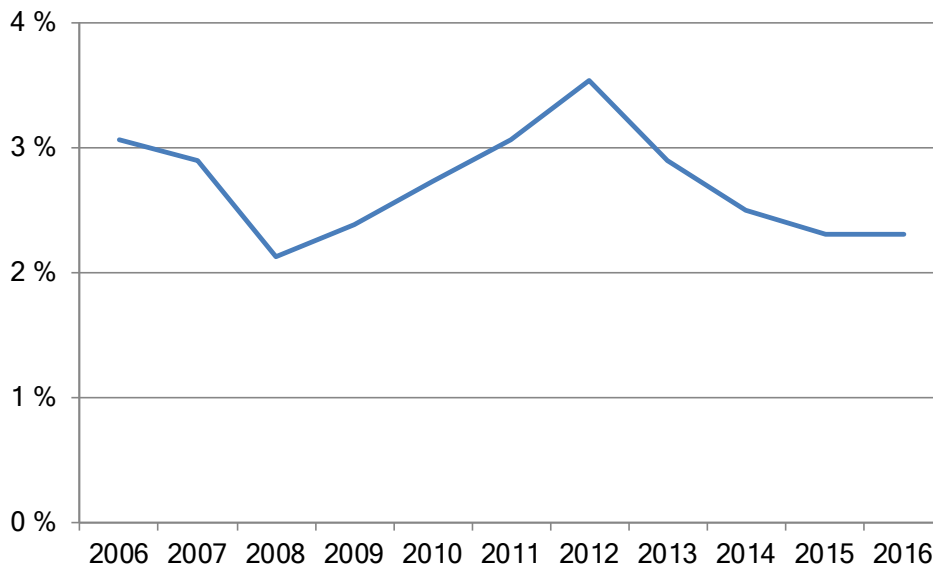
Jahr	Einbürgerungsquote (%)		
	insgesamt	Männer	Frauen
2006	3,1	3,2	2,9
2007	2,9	3,0	2,7
2008	2,1	2,3	2,0
2009	2,4	2,4	2,4
2010	2,7	2,8	2,6
2011	3,1	3,1	3,0
2012	3,5	3,4	3,6
2013	2,9	2,7	3,2
2014	2,5	2,4	2,6
2015	2,3	2,2	2,3
2016	2,3	2,1	2,5

Nur Anspruchseinbürgerungen.

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Einbürgerungsstatistik), Ausländerbehörde (LaDiVA)



Bild 28:
Einbürgerungsquote 2006 bis 2016



Nur Anspruchseinbürgerungen.

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Einbürgerungsstatistik), Ausländerbehörde (LaDiVA)



*Die wenigsten lösen ihren
Einbürgerungsanspruch ein*

In den letzten zehn Jahren bewegte sich der Anteil der ausländischen Bevölkerung, der von seinem Einbürgerungsrecht Gebrauch macht, zwischen zwei und vier Prozent pro Jahr und damit auf insgesamt niedrigem Niveau. Offensichtlich sind die Vorteile eines Staatsangehörigkeitswechsels aus Sicht vieler Ausländerinnen und Ausländer begrenzt. Besonders gering ist der Anreiz für EU-Bürger, da sie rechtlich weitgehend mit deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt sind.

8 Bürgerumfrage „Leben in Wiesbaden“

*Umfrage liefert Informationen
über Einstellungen
und Bewertungen zur Integration*

Im September und Oktober 2016 wurde vom Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik eine Mehrthemenbefragung zum „Leben in Wiesbaden“, durchgeführt. Ziel war es, Informationen über die Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger, ihre Meinungen, Problemwahrnehmungen sowie ihr Verhältnis zur Stadt zu erhalten - insbesondere zu Einschätzungen und Bewertungen, zu denen ansonsten keine Datenquellen existieren.¹⁰ Neben anderen Themenschwerpunkten wurden auch Integrationsaspekte angesprochen; gefragt wurde unter anderem nach den sozialen Kontakten zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund, nach der Bewertung des Zusammenlebens, nach dem Stellenwert von Integration als gesellschaftlicher Aufgabe sowie nach der Verbundenheit mit Wiesbaden.

An der Befragung beteiligten sich 2 526 Wiesbadenerinnen und Wiesbadener, darunter knapp 20 % mit Migrationshintergrund. In dieser Form und mit ähnlichen Inhalten wurde die Umfrage 2014 zum ersten Mal durchgeführt, so dass mit einem Vergleich über zwei Jahre zumindest kurzfristige Trendaussagen ermöglicht werden.

¹⁰ Ergebnisberichte zu verschiedenen Themenbereichen sind abrufbar unter www.wiesbaden.de/umfrage > Bürgerumfrage "Leben in Wiesbaden" 2016.

Tab. 29:
Ausgewählte Ergebnisse der Bürgerumfrage „Leben in Wiesbaden“ 2014 und 2016

	Befragte			
	ohne MH		mit MH	
	2016	2014	2016	2014
	%		%	
Anteil der Personen ohne MH, die Kontakte zu Personen mit MH haben....				
in der eigenen Familie oder näheren Verwandtschaft	22,5	21,5	x	x
am Arbeitsplatz	48,7	50,2	x	x
in der Nachbarschaft	53,3	52,5	x	x
im Freundes- und Bekanntenkreis	58,9	59,3	x	x
Anteil der Personen mit MH, die Kontakte zu Personen ohne MH haben....				
in der eigenen Familie oder näheren Verwandtschaft	x	x	66,1	63,1
am Arbeitsplatz	x	x	63,0	68,3
in der Nachbarschaft	x	x	74,4	75,8
im Freundes- und Bekanntenkreis	x	x	77,9	80,6
Anteil der Befragten, die das nachbarschaftliche Zusammenleben zwischen Menschen mit und ohne MH in ihrer Wohngegend als „gut“ oder „sehr gut“ beurteilen	65,6	63,5	73,4	77,4
Anteil der Befragten, die persönliche Kontakte zu Flüchtlingen und Asylsuchenden in Wiesbaden haben	15,7	x	18,0	x
in den Bereichen ...				
Engagement in der Flüchtlingshilfe	3,9	x	3,5	x
in der eigenen Familie oder näheren Verwandtschaft	1,0	x	4,3	x
am Arbeitsplatz	6,6	x	5,9	x
in der Nachbarschaft	4,0	x	4,5	x
über die Schule /KiTA des Kindes	1,9	x	4,1	x
Anteil der Befragten, die die Integration von Migranten als vordringliche Aufgabe ansehen	58,4	50,2	59,1	55,6
Anteil der Befragten, die gern in Wiesbaden leben	80,6	81,6	84,0	81,8
Anteil der Befragten, die sich in Wiesbaden heimisch fühlen ...	80,0	x	73,6	x
Anteil der Befragten, die sich (stark) verbunden fühlen mit ...				
ihrem Stadtteil	71,4	71,6	72,6	71,8
der Stadt Wiesbaden	78,3	77,7	79,8	79,0
dem Land Hessen	57,2	59,3	55,4	57,2

MH = Migrationshintergrund

Quelle: Bürgerumfrage Leben in Wiesbaden 2016 und 2014



*Soziale Kontakte
finden im Freundes-
und Bekanntenkreis statt*

Die meisten sozialen Kontakte zwischen Wiesbadenern mit und ohne Migrationshintergrund finden im Freundes- und Bekanntenkreis statt. So haben 59 % der befragten Nichtmigranten Freunde und Bekannte mit ausländischer Herkunft und 78 % der befragten Migranten deutschstämmige Freunde. Demgegenüber ist eine Begegnung in der eigenen Familie oder näheren Verwandtschaft deutlich seltener. Gut 22 % der befragten Wiesbadener ohne Migrationshintergrund haben Migranten in der Familie, und zwei Drittel der befragten Migranten haben ein deutschstämmiges Familienmitglied.

*Migranten beurteilen das
nachbarschaftliche Verhältnis
positiver als „Nichtmigranten“ ...*

Im Rahmen der Befragung „Leben in Wiesbaden 2016“ konnte auch das nachbarschaftliche Verhältnis zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund beurteilt werden. Migranten sind hier in ihrem Urteil positiver als Befragte deutscher Herkunft: 73 % der Wiesbadener mit und 66 % der Befragten ohne Migrationshintergrund halten das nachbarschaftliche Verhältnis für gut oder sehr gut. Gegenüber 2014 haben sich Migranten und Nichtmigranten hinsichtlich ihrer Bewertung angenähert.

*... und sehen mehrheitlich
in der Integration von Migranten
eine vordringliche Aufgabe*

Die Integration von Migranten wird von Befragten mit Migrationshintergrund ebenso als vordringliche Aufgabe bewertet wie von Nichtmigranten - in beiden Gruppen sprechen sich knapp 60 % dafür aus. Seit 2014 hat die Bedeutung zugenommen, sicher auch vor dem Hintergrund der aktuellen Aufgabe, Geflüchtete zu integrieren. Immerhin ein Sechstel der Befragten gibt an, persönliche Kontakte zu Flüchtlingen und Asylsuchenden zu haben.

*In der Verbundenheit
zu Wiesbaden zeigen sich kaum
Unterschiede*

Sowohl Befragte mit als auch ohne Migrationshintergrund leben überwiegend gerne in Wiesbaden (84 % bzw. 81 %), und auch im Hinblick auf die Verbundenheit zur Stadt und zum Stadtteil lassen sich kaum Unterschiede zwischen den beiden Gruppen ausmachen. Ähnliche Befunde wurden bereits 2014 erhoben. Drei Viertel aller Migrantinnen und Migranten geben an, sich in Wiesbaden heimisch zu fühlen.

9 Konsequenzen für die Integrationsarbeit aus Sicht der Fachverwaltung

*Zusammenfassung und
Kommentar zum Integrations-
monitoring 2017 aus Sicht der
Integrationsabteilung des Amtes
für Zuwanderung und Integration*

Vorrangiges Ziel des Integrationsmonitorings ist es, den Stand des Integrationsprozesses aufzuzeigen und zu interpretieren. Das Integrationsmonitoring gibt Hinweise darauf, inwieweit sich die Partizipation von Zugewanderten in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, zu denen hinreichend aussagekräftige Daten vorhanden sind, entwickelt hat. Da die Integration von Zuwanderern ein äußerst vielschichtiger Prozess ist, können mit dem Integrationsmonitoring unter dieser Einschränkung nur Teilbereiche erfasst werden. Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass mit dem Monitoring alleine keine Wirkungsmessung der Integrationsmaßnahmen erfolgen kann.

Im Folgenden werden die integrationspolitischen Folgerungen aus dem vorgelegten Monitoringbericht 2017 und deren Bearbeitung aus Sicht der Integrationsabteilung im Amt für Zuwanderung und Integration vorgestellt.

Hoher Anteil an Neuzuwandern erfordert darauf abgestimmte Integrationsmaßnahmen:

- *Wegweiser für Migranten/-innen*
- *Integration auf Kurs (Informationen in den Orientierungskursen)*
- *Aufsuchende Beratung und Begleitung von neu zugewanderten Familien*
- *Integrationskonzept Geflüchtete*

Knapp 20 000 „Neuzuwanderer“ sind im Zeitraum von 2014 bis 2016 nach Wiesbaden zugezogen. Sie bedürfen einer schnellen Orientierung und einer gelebten Willkommenskultur. Von Seiten der Verwaltung sind einige Maßnahmen speziell für diese Zielgruppen konzipiert und umgesetzt worden. Hierzu gehören der Wegweiser für Migranten/-innen „Willkommen in Wiesbaden“, der Einsatz von Informations- und Aufklärungseinheiten für Teilnehmende der Integrationskurse („Integration auf Kurs“) und das bundes- und EU-geförderte Projekt „Aufsuchende und begleitende Beratung von neu zugewanderten Familien aus der EU“, das sich vor allem an Neuzuwanderer aus Rumänien und Bulgarien wendet. Mit dem „Integrationskonzept für Geflüchtete 2017-2020“ liegt nach Beschluss durch die Stadtverordnetenversammlung ein detaillierter Katalog an Maßnahmen und Programmen vor, der auf die starken Zuwachszahlen an Geflüchteten reagiert.

Der hohe Anteil an unbefristeten Aufenthaltstiteln spiegelt die gesellschaftliche Realität einer gewachsenen und voraussichtlich weiter wachsenden Vielfalt in der Stadtgesellschaft wider

Annähernd 75 % der ausländischen Bevölkerung besitzen einen unbefristeten Aufenthaltstitel. Integrationspolitisch stellt sich nicht mehr die Frage, welche Chancen mit der Vielfalt der Menschen verbunden sind. Angesichts der bereits vorhandenen gesellschaftlichen Realität ist die entscheidendere Frage, welche Chancen die Anerkennung der bereits existierenden Vielfalt mit sich bringt. Im Integrationskonzept 2016-2020 wird deswegen als Ziel beschrieben: „Die Herausforderungen und Chancen einer wachsenden Vielfalt in der Stadtgesellschaft werden konstruktiv bearbeitet.“

Ergebnisse des Monitorings bestätigen die Handlungsziele und Umsetzungsschritte der bisherigen Integrationskonzepte

Handlungsfeld Bildung

Die langfristig positive Tendenz beim Besuch einer Kindertagesstätte ist ein erfreuliches Ergebnis der zahlreichen Bemühungen einerseits den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten voran zu bringen und andererseits, insbesondere bei der migrantischen Bevölkerung, die Bereitschaft zu erreichen, diese Angebote anzunehmen.

Hohe Zahl an Neuzugewanderten erfordert in manchen Stadtteilen „Brückenprojekte“ beim Zugang zur regelhaften Infrastruktur und ...

Gleichzeitig galt es, insbesondere für Kinder, deren Eltern aus Rumänien oder Bulgarien nach Wiesbaden und dort vor allem ins innere Westend zugezogen sind, Zugänge zu frühen sprachlichen und sozialen Integrationsmaßnahmen zu schaffen, solange noch kein Kindertagesstättenplatz zur Verfügung steht. Hierzu wurde mit Unterstützung des hessischen Sozialministeriums an zwei Standorten das Projekt „Sprachförderung für Kinder von 2 Jahren bis Schuleintritt und Elternbildungsangebote für integrationswillige Einwanderer- und Flüchtlingsfamilien“ ins Leben gerufen.

... im schulischen Bereich ergänzende Fördermaßnahmen für Seiteneinsteiger sowie ...

In Ergänzung zu der schulischen Förderung für neu zugewanderte Migrantinnen und Migranten hat sich die in den letzten beiden Schuljahren begonnene Unterstützung von Schülerinnen und Schülern der Deutschintensivklassen in der Sekundarstufe 1 durch das Angebot der Sprachcafés als erfolgversprechender Ansatz zur Verringerung der herkunftsbedingten Bildungsbenachteiligung erwiesen. In Anlehnung an die schulische Förderung dient es als Übungsfeld für die erworbenen Sprachkenntnisse und unterstützt den Prozess des Spracherwerbs.

Ziel des Sprachcafés ist es, sprachliche, soziale und personale Kompetenzen zu fördern sowie eine Gelegenheit zu bieten, soziale Kontakte herzustellen bzw. zu erweitern und somit die Integration in die Gesellschaft zu unterstützen. In dem Schuljahr 2015/2016 wurden die Sprachcafés an allen Schulstandorten mit Deutschintensivklassen durchgeführt.

*... die Einbeziehung
und Mitarbeit der Eltern*

Die Verringerung des Anteils (männlicher) Jugendlicher mit Migrationshintergrund ohne Hauptschulabschluss bleibt eine Herausforderung. Diese Herausforderung kann nicht ohne die Mitarbeit der Eltern erreicht werden, so dass auch dem Thema Elternbildung eine entscheidende Rolle zukommt.

Veränderungen in der demografischen Zusammensetzung der (Wiesbadener) Bevölkerung und deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sind möglicherweise eine der Ursachen für den mit 14,6 % geringsten Wert ausländischer Berufsschüler/-innen ohne Ausbildungsvertrag seit dem Schuljahr 2006/2007. Ebenso wie bei dem Ziel, einen Schulabschluss zu erreichen, gilt es hier insbesondere die Gruppe der männlichen Jugendlichen in die Lage zu versetzen, einen Ausbildungsvertrag zu erhalten.

Handlungsfeld Arbeit

*Integration in den Arbeitsmarkt
insbesondere von Frauen
über sozialversicherungs-
pflichtige Beschäftigung
bleibt ein Dauerthema*

Die steigende Erwerbsbeteiligung ausländischer Frauen ist seit 2004 Ziel in den Integrationskonzepten der Landeshauptstadt Wiesbaden. Neben Informationsveranstaltungen z. B. zum (Wieder-)Einstieg in den Beruf, Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen des SGB II und der Förderung von Selbständigkeit wurde 2014 die bundesweit beachtete Kampagne „ME - Migrantinnen in Erwerbsarbeit“ ins Leben gerufen. Ziel der Kampagne ist es mit einem Film und einer Broschüre umfassend über das Thema Erwerbsarbeit und damit zusammenhängende Themenfelder zu informieren. Im Internet und mit Plakaten erfolgreicher Migrantinnen werden Frauen auf die Kampagne aufmerksam gemacht, mit der die Motivation und Bereitschaft der Zielgruppe für die Aufnahme einer Beschäftigung erhöht werden soll.

Die Umsetzung des „Berufsanerkennungsgesetzes“ zeigt erste Wirkungen

Seit Jahren sinkt der Anteil der formal nicht qualifizierten ausländischen Bevölkerung. Um die Potentiale der zugewanderten Menschen hinsichtlich ihrer beruflichen und schulischen Qualifikation besser erfassen zu können, wurde im Dezember 2011 das „Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen“ (Berufsanerkennungsgesetz) beschlossen. Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat bereits 2010 die Erstberatungsstelle für qualifizierte Zuwanderinnen und Zuwanderer eingerichtet, deren Mitarbeiterinnen bei allen Fragen rund um das Anerkennungsverfahren und der Antragstellung auf Anerkennung einer im Ausland erworbenen schulischen oder beruflichen Qualifikation behilflich sind. Verbunden mit der Anerkennungsberatung sind im Rahmen des Programms IQ-Integration durch Qualifizierung Schnittstellen zur anschließenden Qualifizierungsberatung und zu Qualifizierungsträgern. Ziel der Kooperationen ist es, nach Erhalt des jeweiligen Anerkennungsbescheides, der häufig eine Teilanerkennung mit Hinweisen auf noch fehlende Qualifizierungsschritte beinhaltet, eine schnelle Qualifizierung zur vollständigen Anerkennung des jeweiligen Abschlusses zu erreichen.

Berufssprachliche Förderung wird in der Hoffnung auf bessere Qualifizierung und höhere Erwerbsbeteiligung deutlich ausgebaut

Obwohl ein Großteil der zugewanderten Personen entweder den Anspruch oder die Berechtigung auf den Besuch eines Integrationskurses als Möglichkeit zum Erwerb der deutschen Sprache nutzt, sind die im Integrationskurs erworbenen Sprachkenntnisse auf dem Niveau B1 des Europäischen Referenzrahmens für Sprachen im beruflichen Kontext in der Regel nicht ausreichend. Mit der Deutschförderverordnung hat der Bund nun ein Programm zur berufssprachlichen Förderung aufgelegt, das mit einem deutlich größeren finanziellen Volumen gegenüber dem bisherigen Programm des Europäischen Sozialfonds ausgestattet ist. Es bleibt abzuwarten, inwiefern dies zu einer höheren Erwerbsbeteiligung führen kann.

Handlungsfeld Gesundheit und Sport

Insbesondere die starke Zuwanderung von Personen aus den osteuropäischen EU-Erweiterungsgebieten hat aufgrund fehlender oder unzureichender Krankenversi-

cherungen zu deutlich steigenden Zahlen bei der Inanspruchnahme der Humanitären Sprechstunde bei der allgemeinmedizinischen und der zahnmedizinischen Versorgung sowie der Schwangerensprechstunde geführt. Die aufgebauten Kooperationsstrukturen und Hilfsangebote haben sich bisher als belastbar erwiesen. Die dauerhafte finanzielle Absicherung in diesem Bereich ist angesichts der stetig gestiegenen Kosten neben der öffentlichen Finanzierung seit 2014 kontinuierlich auf weitere Standbeine gestellt worden.

Handlungsfeld Vielfalt in kulturellem Leben und Stadtentwicklung

Die räumliche Konzentration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf einzelne Stadtteile hat in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen. Einige Stadtteile in Wiesbaden mit einem hohen Anteil an Neuzuwanderern erfüllen für die Gesamtstadt Wiesbaden dabei die notwendige Funktion einer transitorischen Zone und übernehmen Aufgaben der Erstintegration.

*Bürgerumfrage
„Leben in Wiesbaden“
schließt eine Lücke
im Integrationsmonitoring*


Die Ergebnisse der Bürgerumfrage „Leben in Wiesbaden“ schließen eine Lücke im Integrationsmonitoring, da sie Einstellungen und Bewertungen der Bevölkerung erfassen. Knapp 2/3 der Befragten ohne und gut 73 % der Befragten mit Migrationshintergrund beurteilen das nachbarschaftliche Verhältnis als gut oder sehr gut. Beide Gruppen leben gerne in Wiesbaden, wobei der Anteil der Befragten mit Migrationshintergrund, die gerne in Wiesbaden leben, leicht gestiegen und derer ohne Migrationshintergrund leicht gesunken ist. Hier gilt es durch städtebauliche und sozialinfrastrukturelle Maßnahmen sowie geeignete Formen der Bürgerbeteiligung diese Werte zu halten und zu verbessern. Dabei sind Migrantenselbstorganisationen stärker als bisher als Potential bei der Integration in das Wohnumfeld zu nutzen. Es gilt, deren Bereitschaft hierfür zu gewinnen und diese entsprechend zu qualifizieren. Die in allen Stadtteilen mit einem erhöhten Migrantenanteil existierenden Foren der Stadtteilarbeit, die die damit verbundenen Herausforderungen aufgreifen und bearbeiten, müssen dabei durch entsprechende Förderprogramme unterstützt werden.

*Stadtteile mit einem erhöhten
Migrantenanteil sind weiterhin
mit Förderprogrammen
zu unterstützen und Migranten-
selbstorganisationen als
gleichberechtigte Partner
verstärkt einzubeziehen*

Anhang

Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden								
	Perso- nen- gruppe	Jahr	a) Ausländer/-innen ¹⁾ b) Personen mit Migrationshintergrund ³⁾			a) Deutsche ²⁾ b) Personen ohne Migrationshintergrund ⁴⁾		
			zusam- men	männ- lich	weib- lich	zusam- men	männ- lich	weib- lich
			A. Strukturelle Integration					
A.1 Rechtliche Integration								
Ausländer/-innen insgesamt	a)	2016	58 715	30 379	28 334	x	x	x
darunter mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel oder einer EU- Staatsangehörigkeit	a)	2016	42 677	21 769	20 907	x	x	x
Ausländer/-innen im Alter von 16 und mehr Jahren	a)	2016	52 129	27 022	25 106	x	x	x
darunter mit einem Anspruch auf Einbürgerung	a)	2016	25 743	12 482	13 261	x	x	x
A.2 Integration in das Bildungssystem								
Kinder in der Schuleingangs- untersuchung	b)	2016	1 612	848	764	1 100	551	549
darunter mit einem Kindergartenbesuch von mindestens 18 Monaten	b)	2016	1 453	759	694	1 074	537	537
Schüler/-innen in der 8. Klasse an allgemeinbildenden Schulen	b)	2016/17	1 106	574	532	1 436	729	707
davon auf ...								
Förderschule mit Schwerpunkt Lernen	b)	2016/17	24	18	6	17	10	7
Hauptschule	b)	2016/17	122	79	43	37	20	17
Realschule	b)	2016/17	264	132	132	213	122	91
Integrierte Gesamtschule	b)	2016/17	373	200	173	411	209	202
Gymnasium	b)	2016/17	323	145	178	758	368	390
Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen	b)	2016	856	441	415	1 631	808	823
davon								
ohne Hauptschulabschluss	b)	2016	73	52	21	45	27	18
mit Hauptschulabschluss	b)	2016	148	89	59	149	86	63
mit Realschulabschluss	b)	2016	391	188	203	533	290	243
mit Hochschulreife	b)	2016	244	112	132	904	405	499
Berufsschüler/-innen	a)	2016/17	1 296	766	530	5 630	3 292	2 338
darunter ohne Ausbildungsvertrag	a)	2016/17	189	135	54	291	179	112
Auszubildende im dualen System	a)	2016	850	488	362	3 997	2 144	1 853

1) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; 2) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit;
 3) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern;
 4) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder
 . Zahlen nicht verfügbar
 x Aussage nicht sinnvoll



Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden

	Perso- nen- gruppe	Jahr	a) Ausländer/-innen ¹⁾ b) Personen mit Migrationshintergrund ³⁾			a) Deutsche ²⁾ b) Personen ohne Migrationshintergrund ⁴⁾		
			zusam- men	männ- lich	weib- lich	zusam- men	männ- lich	weib- lich
			A.3 Integration in den Arbeitsmarkt					
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	a)	2016	19 299	11 375	7 924	87 306	44 076	43 230
darunter mit Angabe der beruflichen Ausbildung davon	a)	2016	13 708	7 801	5 907	77 972	39 245	38 727
ohne Berufsausbildung	a)	2016	5 020	3 081	1 939	10 558	5 768	4 790
mit Berufsausbildung	a)	2016	6 272	3 549	2 723	45 988	22 195	23 793
mit akademischer Berufsausbildung	a)	2016	2 416	1 171	1 245	21 426	11 282	10 144
Geringfügig Beschäftigte	a)	2016	3 347	1 262	2 085	11 675	4 572	7 103
Arbeitslose	a)	2016	4 120	2 020	2 100	6 847	3 536	3 311
Unter 25-jährige Arbeitslose	a)	2016	458	276	182	861	443	418
Erwerbsfähige Leistungsbefreierte nach dem SGB II	a)	2016	8 729	4 186	4 543	12 823	6 025	6 798
A.4 Integration in den Wohnungsmarkt								
Haushalte in selbstgenutztem Wohneigentum	b)	2016	3 759	x	x	26 948	x	x
B. Kulturelle Integration								
B.1 Spracherwerb								
Kinder in der Schuleingangsuntersuchung mit Ergebnissen zur Sprachkompetenz	b)	2016	1 601	839	762	x	x	x
darunter Kinder, die Deutsch fehlerfrei oder mit leichten Fehlern sprechen	b)	2016	1 174	592	582	x	x	x
B.2 Gesundheit								
Kinder in der Schuleingangs- untersuchung	b)	2016	1 612	848	764	1 100	551	549
darunter mit Übergewicht	b)	2016	218	112	106	82	41	41

- 1) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; 2) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit;
3) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern;
4) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder
. Zahlen nicht verfügbar
x Aussage nicht sinnvoll



Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden								
	Perso- nen- gruppe	Jahr	a) Ausländer/-innen ¹⁾ b) Personen mit Migrationshintergrund ³⁾			a) Deutsche ²⁾ b) Personen ohne Migrationshintergrund ⁴⁾		
			zusam- men	männ- lich	weib- lich	zusam- men	männ- lich	weib- lich
			C. Soziale Integration					
C.1 Aufenthaltsdauer/Bleibeabsichten								
Ausländer/-innen mit einer Aufenthaltsdauer in Deutschland von 20 Jahren und mehr	a)	2016	20 884	10 630	10 254	x	x	x
Bevölkerung mit Migrationshintergrund und Geburtsort in Deutschland ...	b)	2016	32 052	16 537	15 515	x	x	x
C.2 Multikulturelles Zusammenleben								
Eheschließende Migrant/-innen	b)	2016	1 928	969	959	x	x	x
darunter heiraten eine/n Partner/-in ohne Migrationshintergrund	b)	2016	548	279	269	x	x	x
Eheschließungen zwischen Personen mit Migrationshintergrund	b)	2016	690	x	x	x	x	x
darunter mit einem erst nach der Eheschließung eingereisten Partner	b)	2016	240	59	181	x	x	x
Haushalte	b)	2016	146 073	x	x	x	x	x
darunter Haushalte, in denen Personen mit und ohne Migrationshintergrund leben	b)	2016	12 466	x	x	x	x	x
D. Identifikatorische Integration								
D.1 Einbürgerungen								
Ausländer/-innen mit einem Anspruch auf Einbürgerung	a)	2015	26 081	12 699	13 382	x	x	x
Einbürgerungen	a)	2016	710	316	394	x	x	x
darunter Anspruchseinbürgerungen	a)	2016	601	267	334	x	x	x
1) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; 2) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit; 3) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern; 4) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder . Zahlen nicht verfügbar x Aussage nicht sinnvoll								



Informierte wissen mehr ...
www.wiesbaden.de/statistik



Landeshauptstadt Wiesbaden
Amt für Strategische Steuerung,
Stadtforschung und Statistik
Wilhelmstraße 32 | 65183 Wiesbaden

Telefon 06 11 | 31 54 34
E-Mail dokumentation@wiesbaden.de

